

Vereinigungen einschränkte, illustriert die oben skizzierte Zurückhaltung der Sicherheitsorgane, als der Presseklub „Glasnost“ im Dezember 1987 die unabhängige Menschenrechtskonferenz mit ausländischen Teilnehmern in Moskau organisierte. Gerade dort, wo die KSZE-Schlussakte rezipiert wurde und die Anbindung an die transnationalen KSZE-Netzwerke oder die westliche Öffentlichkeit gelang, reagierte der Machtapparat schon im Jahr 1987 mit Bedacht. Ein anderer Faktor, der der repressiven Praxis einen Riegel vorschob, war die neue Informationsfreiheit und damit die potenzielle Gefahr, nicht nur von der westlichen, sondern auch von der eigenen Öffentlichkeit an den Pranger gestellt zu werden.

2. Die Erweiterung von glasnost: Meinungs- und Pressefreiheit der informellen Medien

Eine andere Bestimmung der KSZE-Schlussakte, zu deren Implementierung zahlreiche informelle Gruppen den Staat ermahnten und deren Etablierung bis hin zur gesetzlichen Form von den KSZE-Verhandlungen in Wien positiv beeinflusst wurde, war die Meinungs- und Pressefreiheit, auch unter dem russischem Begriff Glasnost bekannt. Das Wort Glasnost steht für „Öffentlichkeit“, „Offenheit“, „Publizität“ und wurde in der Sowjetunion neben dem Begriff „Demokratie“ verwendet. Im Prozess der Perestroika ist es zu einem ungenauen Oberbegriff mit mehreren Akzentsetzungen geworden: Glasnost als Transparenz politischer Prozesse von Verwaltung und Wirtschaft, um sie kontrollierbar zu machen; Glasnost als Freiheit von Kunst und Wissenschaft; Glasnost als Wahrhaftigkeit im Sinne eines ethischen Prinzips; Glasnost als Informations-, Meinungs- und Glaubensfreiheit; Glasnost als Kontrolle und Kritik „von unten“; Glasnost als Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit.¹⁵⁵ Zu Beginn von Gorbachevs Regierungszeit war Glasnost neben dem „Faktor Mensch“ ein weiteres Mittel, mit dem die grundlegenden Schwächen der vergangenen Jahre ans Licht gebracht und die strukturbedingten Verhaltensmuster der Bürokratie sowie alle anderen negativen Erscheinungen in der Sowjetunion bekämpft werden sollten. Neue Offenheit und Transparenz waren auch darauf gerichtet, Gorbachevs Glaubwürdigkeit im In- sowie im Ausland zu festigen. Mit Glasnost und Demokratie argumentierte die sowjetische Delegation auf dem KSZE-Treffen in Wien, um das Vertrauen westlicher KSZE-Teilnehmerstaaten zu gewinnen.¹⁵⁶

¹⁵⁵ Zu den Glasnost-Fächern siehe: Roth, Glasnost, S. 17–23.

¹⁵⁶ So auch der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Anatolij Kovalev, in seiner Rede am 10. 12. 1986 auf dem KSZE-Treffen in Wien. Nachdem er den offiziellen Vorschlag zur Einberufung einer Menschenrechtskonferenz in Moskau gemacht hatte, begründete er diesen Schritt als Teil der neuen Außenpolitik mit Glasnost, Perestroika und der wachsenden Bedeutung des „Faktors Mensch“ für die Sowjetunion. Siehe Text der Rede: Vystuplenie Perogo Zamestitelja Ministra inostrannyh del SSSR A.G. Kovaleva na plenarnom zasedanii Venskoj vstreči predstavitelej gosudarst-uchastnikov Soveščanija po Bezopasnosti i Sotrudničestvu v Evrope, in: SSSR v bor'be za bezopasnost', S. 451–455, hier S. 453.

Von der Notwendigkeit der Wahrheit sprach Gorbachev bereits in seinem Referat am 10. Dezember 1984 auf der wissenschaftlich-praktischen Unionskonferenz.¹⁵⁷ Dass es sich dabei zunächst um keine grundlegend neue Informationspolitik handelte, wurde an einer anderen Stelle dieser Arbeit bereits gesagt. Gorbachev war aber der erste sowjetische Funktionär, der das Glasnost-Konzept ausweitete und damit Voraussetzungen für die Entfaltung der oben aufgezählten Glasnost-Fächer schuf. Wie kein anderer brachte dieser, „von oben“ zur Wiederherstellung der „sozialistischen Demokratie“ angestoßene Prozess den Strukturwandel sowjetischer Politik mit sich und beschleunigte den Untergang des Sowjetimperiums.¹⁵⁸ Welche Bedeutung für die sukzessive Freigabe der Meinungs- und Pressefreiheit die KSZE und welchen Anteil an deren Etablierung die sowjetische Gesellschaft bzw. die informellen Gruppen hatten, die die Aufforderung, die Wahrheit auszusprechen, wörtlich nahmen und Glasnost Stück für Stück um die neuen Akzente erweiterten, ist der Gegenstand dieses Kapitels. Der Blick richtet sich vor allem auf den Prozess der Herausbildung des unabhängigen Journalismus und jener informellen Presseerzeugnisse, die unter der Bezeichnung „Zweiter Samizdat“ als Quelle der zensurfreien Information in der ersten Hälfte der Perestroika selbst der als liberal geltenden offiziellen Presse bei der Tilgung der „weißen Flecken“ der Geschichte weit voraus waren und dadurch der KPdSU das Informationsmonopol streitig machten. Auch hier gilt es, nach dem KSZE-Faktor und nach staatlichen Reaktionen auf die informellen Medien zu fragen.

2.1 „Mehr Licht!": Lockerung der Zensur

Als Meister von Glasnost im Sinne von Kritik und Selbstkritik trat Gorbachev auf dem bereits erwähnten 27. Parteitag im Februar 1986 hervor, als er in seinem politischen Bericht mit den zu Breznev-Zeiten noch eingespielten unterwürfigen, verantwortungslosen und bürokratischen Mentalitäten und mit den anderen negativen Erscheinungen scharf ins Gericht ging. Dabei wurde von ihm die Erweiterung der Publizität zu einer Grundsatzfrage erklärt und behauptet, dass „die Kommunisten [...] immer und unter allen Umständen die Wahrheit“¹⁵⁹ brauchen.

Auf dem ZK-Plenum im Januar 1987 wurde das Glasnost-Konzept erweitert. Erstmals proklamierte Gorbachev Demokratisierung zum höchsten Ziel des Landes, die so notwendig sei „wie die Luft zum Atmen“.¹⁶⁰ Den Massenmedien gegenüber betonte er verheißungsvoll, dass „in der sowjetischen Gesellschaft keine Zonen bestehen dürfen, die der Kritik verschlossen sind“, und wies ihnen eine

¹⁵⁷ *Pravda* vom 11. 12. 1984, S. 2f.

¹⁵⁸ Vgl. Altrichter, Russland.

¹⁵⁹ Text: Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. 25. Februar 1986, in: Gorbatschow, Reden, S. 192–293, hier S. 254.

¹⁶⁰ Text: Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei, in: Gorbatschow, Reden, S. 351–407, hier S. 379.

organisatorische und propagandistische Funktion zu – sie hätten die „Entwicklung von Kritik und Selbstkritik in unserer Gesellschaft“ zu unterstützen.¹⁶¹ Zum ersten Mal übte der Generalsekretär selbst offene Kritik an der sowjetischen Vergangenheit, ihrer Theorie und Praxis, an dem ZK der KPdSU, das es aus subjektiven Gründen nicht geschafft habe, auf die angewachsenen Probleme zu reagieren. Die Vergangenheitskritik wurde im Verlaufe des Jahres 1987 noch schärfer. Mit ihr gingen auch die Freigaben neuer Freiräume an die Intelligenz und die Medienvertreter einher, denen gegenüber Gorbačev im Februar 1987 erklärte, dass es weder in der Geschichte noch in der Literatur „vergessene Namen“ und „weiße Flecken“ geben dürfe.¹⁶² In seinem 1987 erschienenen Buch „Perestroika. Die zweite russische Revolution“ schrieb Gorbačev: „Wir wollen Offenheit in allen öffentlichen Angelegenheiten und in allen Bereichen des Lebens. Das Volk muss wissen, was gut und was schlecht ist, um das Gute zu mehren und das Schlechte zu bekämpfen.“¹⁶³ Doch die Macht, darüber zu bestimmen, was „gut“ und was „schlecht“ sei, sollte die Partei behalten. So wurde auf dem VI. Kongress des sowjetischen Journalistenverbandes im März 1987 zu seinem Vorsitzenden der eher als konservativ geltende Chefredakteur der Parteizeitung *Pravda*, Viktor Afanas'ev,¹⁶⁴ gewählt. In seiner Rede ermahnte er die Journalisten, nicht zu vergessen, dass sie „Soldaten der Partei“ seien.¹⁶⁵ Dass die Demokratie und Glasnost keine Untergrabung sozialistischer Werte bedeuteten, wiederholte Gorbačev auf einem Treffen mit Leitern der Massenmedien und Künstlerverbände im ZK der KPdSU im Juli 1987:

„Glasnost, Demokratie – das ist, wie wir schon wiederholt gesagt haben [...], keine Narrenfreiheit. Glasnost ist berufen, den Sozialismus, den Geist unserer Menschen, die Moral und die moralische Atmosphäre in der Gesellschaft zu festigen. [...] [Glasnost] ist aber keine Untergrabung des Sozialismus, unserer sozialistischen Werte. [...] Nach allen Antworten auf neue Fragen muss man im Rahmen des Sozialismus, nicht aber außerhalb suchen.“¹⁶⁶

„Mehr Demokratie heißt mehr Sozialismus“ – lautete die grundlegende Formel. Dass Glasnost und Redefreiheit keine identischen Begriffe und „nur im Rahmen und nur auf Grund der Werte des Sozialismus“ zu verstehen seien, legte Gorbačev in Interviews mit der *Washington Press* und *Newsweek* im Mai 1988 nahe.¹⁶⁷ Damit wurden die Grenzen des sozialistischen Meinungspluralismus abgesteckt, die zu überschreiten erst einmal nur die künstlerische Intelligenz und die informellen Gruppen wagten. In den offiziellen Medien blieb die Partei zunächst tonangebend.

¹⁶¹ Ebd., S. 378f.

¹⁶² „Ubeždennost' – opora Perestrojki. Vystuplenie na vstreče v ZK KPSS s rukovoditeljami sredstv massovoj informacii i propagandy 11 fevralja 1987 goda“, in: Gorbačev, Izbrannnye reči, Bd. 4, S. 373f.

¹⁶³ Gorbatschow, *Perestroika*.

¹⁶⁴ Viktor Afanas'ev ist nicht zu verwechseln mit dem prominenten Historiker Jurij Afanas'ev.

¹⁶⁵ Vgl. Afanas'evs Rede in: Osteuropa-Archiv, Nr. 8, 1987, S. 401 ff.

¹⁶⁶ *Pravda* vom 15. 7. 1987, S. 1–3.

¹⁶⁷ Interview in: Europa-Archiv, Folge 13, 1988, D. 347–353, hier D. 349, 351.

Die Begrenztheit der Glasnost-Politik verdeutlicht das lediglich selektive Einstellen der Störsendertätigkeit gegen die russischsprachigen Programme von BBC und VOA im Mai 1987. Dass diese Maßnahmen weniger der neuen Wertschätzung der Informationsfreiheit oder des Informationsgehalts der „feindlichen Stimmen“ geschuldet waren, wie man das westliche Radio in der eigenen Presse noch bezeichnete,¹⁶⁸ sondern in erster Linie auf die Einsparung der hohen, kaum noch tragbaren Störungskosten und auf die positive Resonanz im Westen abzielten, legen die internen Unterlagen des ZK der KPdSU und die offizielle Informationspolitik offen. Als „zweckmäßig“ wurde in dem geheimen Dokument von Egor Ligačev und Viktor Čebrikov vom September 1986 das Einstellen von Störungen der Radiosender VOA, BBC, *Radio Peking* und *Radio Korea* empfohlen, um die dabei frei werdenden technischen und materiellen Mittel für eine weit „sicherere“ Störung der „offen antisowjetischen“ Sender wie *Radio Liberty*, *Deutsche Welle* und *Stimme Israels* zu benutzen.¹⁶⁹ Genauso wie im Fall der Amnestierungspolitik gab Moskau das Einstellen der Störsendertätigkeit in Wien bekannt, unterließ es aber, die eigene Bevölkerung davon in Kenntnis zu setzen, während die Störung der Sendungen von *Radio Liberty*, *Deutsche Welle* und *Stimme Israels* noch ein weiteres Jahr fortgesetzt wurde.¹⁷⁰ Vergleichbar mit der Amnestierungspolitik dokumentierte diese Maßnahme einerseits die Empfänglichkeit der sowjetischen Führung für die westliche Kritik im Rahmen der KSZE, andererseits aber die geringen innenpolitischen Spielräume von Gorbachev, die er in diesem Fall gleichwohl mit Verweisen auf die Helsinki-Vereinbarungen zu erweitern suchte. Bereits im Politbürogespräch am 25. September 1986 soll er laut Erinnerungen von Vitalij Vorotnikov, damals Mitglied des Politbüros, mit den im Korb III der KSZE-Schlussakte enthaltenen Verpflichtungen der UdSSR argumentiert haben, um die Politbüromitglieder von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Störung ausländischer Sender einzustellen. Keiner der Anwesenden habe dem Generalsekretär widersprochen.¹⁷¹

Ein Wandel der offiziellen Informationspolitik zeichnete sich trotz der gekennzeichneten Grenzen im Laufe des Jahres 1987 ab. Er begann mit den Personalrevisions im Regierungsapparat und in den zentralen Medien, mit der Neubesetzung der Leitposten mit den Gefolgsleuten des Generalsekretärs bzw. mit den als liberal geltenden Persönlichkeiten sowie mit dem Rückzug der Zensur im Bereich

¹⁶⁸ Stellvertretend sei hier auf folgende Artikel verwiesen: AiF vom 9.3.1987, S. 3; vom 10.3.1987, S. 5.

¹⁶⁹ „Die Sicherstellung qualitativ hoher Störungen auf dem ganzen Gebiet der UdSSR stellt eine technisch kaum lösbare Aufgabe dar und verlangt erhebliche materielle Aufwendungen“, heißt es in dem Schreiben. Zapiska v CK KPSS o prekraščenii glušenija peredač radiostancij, 29.09.1986, in: RGANI, f. 89, op. 18, d. 105, l. 1f.

¹⁷⁰ Das endgültige Aufheben der Störungen erfolgte ein Jahr später als Folge des fortgesetzten Drucks auf Moskau seitens des Westens auf dem KSZE-Treffen in Wien. Vgl. Dok. 26, 27 in: Mastny, *The Helsinki Process*, S. 126f.

¹⁷¹ Vorotnikov, Vitalij: *A bylo éto tak...* Iz dnevnika člena Politbjuro CK KPSS, Moskau 2003, S. 130.

der Kultur.¹⁷² So wurden zum Vorsitzenden der Agentur *Novosti* der eher reformorientierte ehemalige Botschafter in Bonn und Mitgestalter der neuen sowjetischen Deutschlandpolitik Valentin Falin, zum Chefredakteur der Illustrierten *Ogonek* Vitalij Korotič, der Zeitung *Moskovskie Novosti* Egor Jakovlev, der Literarischen Zeitschrift *Novyj mir* Sergej Zalygin ernannt, während über den vielgliedrigen Medienkonzern, zu dem auch die Agenturen TASS und *Novosti* gehörten, der als Ideologe von Gorbačevs Perestroika bekannt gewordene Aleksandr Jakovlev verfügte. Die Neubesetzungen waren als Signale eines neuen liberalen Kurses zu bewerten. Die Doppeldeutigkeit der Glasnost-Politik kam jedoch auch hier dadurch zum Ausdruck, dass der oben erwähnte Viktor Afanas'jev bis 1989 Chefredakteur der *Pravda* blieb, und Aleksandr Jakovlev die Aufsicht über die Ideologiefragen und somit die Zuständigkeit für die Arbeit der Medienfunktionäre und Journalisten mit dem konservativen Politbüromitglied Egor Ligačov teilen musste.¹⁷³

Die Massenmedien reagierten dennoch mit viel Eifer auf Gorbačevs Aufforderung nach einer offenen und kritischen Berichterstattung: Sie nahmen sich früher tabuisierten Themen an und berichteten über soziale Probleme, Prostitution, Kriminalität und Drogen, druckten kritische Leserbriefe ab und führten öffentliche Auseinandersetzungen über die im Land herrschende Bürokratie-, Justiz- und sogar über Parteiskandale. So publizierte die Zeitung *Komsomol'skaja Pravda* am 3. Juli 1987 einen Bericht über das gesetzeswidrige Verhalten der Polizei bei der im letzten Kapitel erwähnten Auflösung der Versammlung von Hippies im Mai des gleichen Jahres; die Soziologin Tatjana Zaslavskaja tadelte in einem *Pravda*-Artikel vom 6. Februar 1987 die Unvollständigkeit der Statistik in der UdSSR; *Komsomol'skaja Pravda* vom 11. November 1987 kritisierte die sowjetische Psychiatrie und gab ihren Missbrauch zu politischen Zwecken bekannt; *Sovetskaja Kul'tura* berichtete am 15. März 1988, dass es keinen zuverlässigen Stadtplan von Moskau gebe, und in der *Izvestija* vom 3. September 1988 war von den absichtlichen Verfälschungen von Landkarten in der UdSSR die Rede.¹⁷⁴ Zu den Publikumsbeliebten wurden aber jene Zeitungen, die sich den Ruf von progressiven und liberalen Medien durch die Publikation der für die damaligen Verhältnisse noch als sensationell zu bewertenden Materialien verdienten: die Illustrierte *Ogonek*, die Zeitungen *Argumenty i Fakty* und *Moskovskie Novosti*, die literarische Zeitschrift *Novyj mir*. Die Begeisterung der Sowjetbürger für die Glasnost war so groß, dass diverse Medien ihre Auflagen schon von 1987 bis 1988 und noch deutlicher 1989 vervielfachten, worauf die Regierung 1988 mit dem allerdings zum

¹⁷² Allein im Parteiapparat wurden in den ersten zwei Jahren seit Gorbačevs Antritt 11 der 14 Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates und 73 der 116 Regierungsmitglieder ausgetauscht. Vgl. Altrichter, Der Zusammenbruch, S. 534.

¹⁷³ Roth, Glasnost, S. 35f.

¹⁷⁴ Vgl. jeweils: *Komsomol'skaja Pravda* vom 3. 7. 1987, S. 2; *Pravda* vom 6. 2. 1987, S. 2f.; *Komsomol'skaja Pravda* vom 11. 11. 1987, S. 4; SK vom 15. 3. 1988, S. 6; *Izvestija* vom 3. 9. 1988, S. 2.

Scheitern verurteilten Versuch reagierte, wegen eines offensichtlich vorgeschobenen Papiermangels ihre Auflagen zu begrenzen.¹⁷⁵

Auch in Funk und Fernsehen traten Veränderungen ein. Neue Programme, kritische Sendungen über Wirtschafts- und Sozialprobleme wurden ins Leben gerufen. Von der alten Gewohnheit, nur das Positive zu berichten, wurde Abstand genommen. Die alltägliche Nachrichtensendung „Die Zeit“ hörte allmählich auf, das Sprachrohr der „guten Nachrichten“ zu sein. Bemerkenswert waren die Öffnung des Fernsehens dem Westen gegenüber und eine Übertragung von Live-Sendungen zu heiklen Fragen.¹⁷⁶ So wurden im Jahr 1987 insgesamt 41 sogenannte Telebrücken ausgestrahlt, unter anderem eine zum Thema Menschenrechte zwischen Vertretern des Obersten Sowjets und Angehörigen des amerikanischen Kongresses im Oktober 1987. Zwar beharrte die Sowjetunion in dieser Sendung auf dem unterschiedlichen Verständnis der Menschenrechte und führte ihre Angriffe gegen die kapitalistische Gesellschaft, welche vermeintlich permanent gegen die Menschenrechte verstoße, fort. Allerdings war die Bereitschaft zu erkennen, eigene Fehler im Bereich der Menschenrechte einzugestehen und über diese mit den amerikanischen Zuschauern und Kongressabgeordneten in aller Öffentlichkeit zu diskutieren.¹⁷⁷

Am offensichtlichsten und am konsequentesten erfolgte der Rückzug der Zensur im Bereich der Kultur.¹⁷⁸ Sie wurde als erste zu einem Feld der erlaubten Auseinandersetzungen um die bisher verbotenen Themen und über die sowjetische Vergangenheit – über den moralischen Verfall des Menschen, die Umweltprobleme, die Stalin-Zeit – und damit auch um die geltenden Werte und Normen. So auch der neue Roman von Čingiz Ajtmatov „Der Richtplatz“ [Placha], der im Juni 1986 erstmals auf den Seiten von *Novyj mir* erschien, die aktuellen Gesellschaftsprobleme der Sowjetunion behandelte und mit der dogmatischen Tradition in der Literatur brach.¹⁷⁹ Bestehend aus drei Teilen, die untereinander durch das

¹⁷⁵ Da die geplanten Limits die zentralen Staatsorgane – *Pravda*, *Izvestija* und SR – nicht betrafen, ist anzunehmen, dass es sich dabei um Versuche handelte, den neuen Freiheiten einen Riegel vorzuschieben. Vgl. MN vom 28. 8. 1988, S. 4; vom 18. 9. 1988, S. 9.

¹⁷⁶ Hierfür wie für das Folgende siehe Roth, Glasnost, S. 149ff.

¹⁷⁷ TV Space Bridge Soviet Union – United States. Meeting of US Congressmen and Members of the Supreme Soviet of the USSR/Telemost SSSR – SŠA. Vstreča deputatov v Verchovnom sovete SSSR s členami Kongressa SŠA (political program). TV Space Bridge „Capital to Capital“: US Congressmen and Members of the Supreme Soviet of the USSR. Discussion of the human Rights Issues. Russian language, 15-Oct-1987, VHS 120 min., in: OSA, F. 300, Subf. 81, S. 9/26; zum Wandel in der Presse siehe *Pravda* vom 3. 4. 1987, S. 3; zu den amerikanisch-sowjetischen Telebrücken und ihrer Bedeutung für den Abbau von Feindbildern zwischen der USA und der UdSSR siehe Risch, Julia: Russen und Amis im Gespräch. Die sowjetisch-amerikanische Telebrücke (1982-1989). Ein vergessener Beitrag zur Beendigung des Kalten Krieges, Berlin 2012.

¹⁷⁸ Zu den Entwicklungen im Kulturbereich siehe: Hielscher, Karla: Der neue Frühling in Literatur und Kunst, in: Mommsen/Schröder, Gorbatschows Revolution, S. 31-51; Medwedjew, Roy: Eine wichtige Wende im kulturellen Leben der Sowjetunion, in: Osteuropa 1987, S. 651-665.

¹⁷⁹ Deutsche Ausgabe: Ajtmatow, Tschingis: Der Richtplatz, Zürich 2007.

Schicksal der Wölfe verbunden sind, scheint der Roman auf den ersten Blick eine ökologische Tragödie, den Untergang der Mujunkum-Savanne im Nordwesten des Kirgisischen Gebirges aus menschlicher Geldgier und Rücksichtslosigkeit, zum Inhalt zu haben. Ajtmatov, kirgisischer Nationalschriftsteller und Träger verschiedener Preise, unter anderem des Leninpreises, als Held der sozialistischen Arbeit ausgezeichnet, versuchte aber mit seinem Werk, ein viel breiteres Themenfeld anzusprechen. Er offenbarte darin die aktuellen Gesellschaftsprobleme der Sowjetunion, welche den Weg zur „sozialistischen Erneuerung“ und zur wirtschaftlichen Beschleunigung versperrten: mangelnde Arbeitsdisziplin, Bürokratismus, Alkohol- und Drogenprobleme, Augenwischerei und grenzenloser, sozialistischer Formalismus, was er mit der Romanfigur des Vorsitzenden des Ortsparteikomitees Kočkorbaevs personifizierte. Weit eindrucksvoller als die Benennung der Fehlentwicklungen war Ajtmatovs Suche nach ihren Ursachen in der sozialistischen Gesellschaft und im System, das bis vor kurzem noch als vollkommen galt. Seine Grundfrage hinterfragte der Romanautor indirekt an mehreren Stellen der Geschichte: Indem er die soziale Katastrophe des Landes, verursacht durch die egoistische, nach Plan und Erfüllung der Zahlen lebende Sowjetgesellschaft problematisierte oder den Hauptprotagonisten, Avdij Kallistratov, im scharfen Gegensatz zum atheistischen Weltbild der Sowjetunion auf der Suche nach der neuen Religion seinen gottlosen Peinigern gegenüber positiv darstellte. Dass er dabei auch die bisher als westliche und deswegen als verwerflich geltenden Werte und Normen auf der positiven Seite denen des Sozialismus gegenüberstellte, war schwerlich zu übersehen. Der „sozialistische Realismus“ unterlag darin der Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit. Die Gewissens- und Bewegungsfreiheit, das Recht auf Leben, das in dem Roman sowohl dem Tier als auch dem Menschen aus bürokratischen rücksichtslosen Maßnahmen zur Erfüllung des Wirtschaftsplans verwehrt bleibt, wurde von Ajtmatov zu den höchsten Rechten erklärt.

Ajtmatovs Roman, der sich wie eine Anklageschrift gegen das sozialistische System liest, löste einen Sturm offener Kritik, aber auch Lob und Interesse aus. Der belarussische Schriftsteller Ales' Adamovič verglich seine Aussagekraft und die ausgelösten Debatten¹⁸⁰ mit der Explosion eines Vulkans und bewertete den Roman als Ausdruck des „Neuen Denkens“ in der Literatur, wo nicht mehr der sozialistische Realismus und Klassenkampf, sondern Humanismus und Menschenliebe dominieren.¹⁸¹ Indes war dieser Roman nur ein Beispiel aus einer ganzen Reihe von Werken in Literatur und Kunst, welche sich kritisch an die sozialistische Gesellschaft und an die Vergangenheit wendeten und die Grundlagen des Systems berührten. Valentin Rasputins Erzählung „Der Brand“ thematisierte die moralische Verwahrlosung auf dem Dorf, die sozialistische Wirklichkeit stellte Viktor

¹⁸⁰ Stellvertretend hierfür siehe: LG vom 15. 10. 1986, S. 4; *Pravda* vom 22. 12. 1986, S. 3. Ajtmatov sowie andere Schriftsteller, deren Werke nicht dem sozialistischen Realismus entsprachen, wurden von den konservativen Mitgliedern des Politbüros (Ligačev, Gromyko, Čebrikov) angegriffen, während Gorbačev die künstlerische Freiheit in Schutz nahm. Vgl. z. B. die Politbürositzung vom 27. 10. 1986, in: V Politbjuro, S. 91–98.

¹⁸¹ LG vom 1. 1. 1987, S. 4.

Astaŭev in seinem Roman „Der traurige Detektiv“ dar, und der Film „Reue“ von Tengiz Abuladze, der im Januar 1987 zum ersten Mal aufgeführt wurde, rechnete mit dem Stalinismus ab.¹⁸² Freigegeben wurden auch Werke der bis dato verbotenen Autoren: Anna Achmatova, Nikolaj Gumilev, Michail Bulgakov, Vladimir Nabokov, Aleksandr Solženicyn und viele andere wurden wieder verlegt. Bezeichnend ist, dass die Rückkehr Boris Pasternaks „Doktor Živago“ zum ersten Mal von der Parteizeitung *Pravda* und nicht von der als liberal geltenden *Literaturnaja Gazeta* angekündigt worden war.¹⁸³ Auf der Grundlage der 1987 gebildeten Kommission, die sich zur Aufgabe machte, die Liste der aus der Öffentlichkeit ausgeschlossenen Bücher zu überprüfen, wurden zum 16. April 1988 insgesamt 4303 früher verbotene Werke der breiten Öffentlichkeit freigegeben. In Aussicht gestellt wurde auch der freie Verkauf westlicher Presseerzeugnisse – eine noch nicht umgesetzte Verpflichtung aus der KSZE-Schlussakte.¹⁸⁴

Glasnost machte auch vor der sowjetischen Geschichte nicht Halt. Die entfalteten Diskussionen über die Neubewertung der 1920er Jahre und der Stalinzeit führten mitunter zur Rehabilitation der zur Unperson erklärten Parteiführer und anderer vergessener Namen, zum Anprangern historischer Mythenbildung.¹⁸⁵ Die Bildung einer Kommission des Politbüros, welche unter dem Vorsitz des Politbüromitglieds Aleksandr Jakovlev die Opfer des Stalin-Terrors rehabilitieren sollte,¹⁸⁶ die Beauftragung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU Anfang 1988, eine neue Parteigeschichte abzufassen,¹⁸⁷ und schließlich

¹⁸² „Požar“ von Valentin Rasputin erschien erstmals in der Zeitschrift *Naš Sovremennik*, Nr. 7, 1985. Deutsche Ausgabe: Der Brand. Erzählung, München 1987; Astaŭev, Viktor: Der traurige Detektiv. Roman, Berlin/Weimar 1988; Medwedjew, Roy: „Pokajanie“. Ein Film, den man nicht vergessen kann und nicht vergessen darf, in: Osteuropa 1988, S. 356–368; Altrichter, Russland, S. 30–37.

¹⁸³ Die Zeit vom 3. 4. 1987, S. 68. Boris Pasternak wurde durch seinen Roman „Doktor Živago“, der erstmals in Italien erschien, international bekannt. 1958 wurde Pasternak der Nobelpreis für Literatur verliehen, den er jedoch aus politischen Gründen nicht annehmen konnte. Als Folge seines internationalen Ruhms wurde er aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen und einer organisierten Hetze gegen ihn und seine Werke ausgesetzt. Er starb 1960 an einem Herzinfarkt. In der Sowjetunion durfte „Doktor Živago“ nicht erscheinen.

¹⁸⁴ AiF vom 30. 4. 1988, S. 2; *Izvestija* vom 27. 11. 1988, S. 6. So verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten im Korb III, Teil 2 (Information) dazu, „auf ihrem Territorium die Verbesserung der Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen aus den anderen Teilnehmerstaaten zu erleichtern“. Vgl.: <http://www.osce.org/node/39503>, S. 56.

¹⁸⁵ In den historischen Diskursen ist vor allem Professor Jurij Afanasjev, Rektor des Staatlichen Historisch-Archivarischen Instituts in Moskau, hervorgetreten. Zur Neubewertung der sowjetischen Geschichte siehe: Altrichter, Der Zusammenbruch, S. 546–551; Bonwetsch, Bernd: Die Bewältigung der Vergangenheit. Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften in der „Perestrojka“, in: Mommsen/Schröder, Gorbatschows Revolution, S. 74–88.

¹⁸⁶ Diese war jedoch noch nicht bereit, über die Verbrechen aus der Lenin-Zeit zu sprechen, während die internen Diskussionen in der Kommission, u. a. wegen der unkooperativen Haltung der KGB-Mitarbeiter, immer kontrovers verliefen. Vgl. Jakovlev, Aleksandr: Sumerki, Moskau 2005, S. 24; SZ vom 3. 11. 1987, S. 3f.

¹⁸⁷ Vgl. Medwedjew, Roy: Die sowjetische Kultur im Jubiläumsjahr 1987, in: Osteuropa 1988, S. 797–815, hier S. 803f.

die Erklärung der Intervention in Afghanistan für fehlerhaft sowie die Ankündigung des Rückzugs sowjetischer Truppen¹⁸⁸ kamen einer weiteren Lockerung der Meinungs- und Pressefreiheit gleich.

Die zugleich anhaltende Tabuisierung der Großen Sozialistischen Revolution, von Lenin, der Grenzziehung nach dem Zweiten Weltkrieg mit der gewaltsamen Sowjetisierung Ostmitteleuropas, die verzerrte Darstellung der nationalen Probleme in der UdSSR und der Lage in den Teilrepubliken, die Verunglimpfungen der informellen Gruppen in der offiziellen Presse und die Weigerung, die Menschenrechtsverletzungen der jüngsten Vergangenheit zu bedauern, die El'cin-Affäre und vieles mehr wiesen jedoch auf die Grenzen von Glasnost hin. Trotz vieler neuer journalistischer Freiheiten bildete sich in der zentralen Presse ein informatorisches Vakuum heraus. Eine echte Meinungs- und Pressefreiheit wurde jedoch relativ schnell „von unten“, durch die informellen Gruppen bzw. unabhängige Journalisten im „Zweiten Samizdat“ implementiert und damit die bestehende ideologische Lücke auch gefüllt. Die noch Ende September 1987 von Gorbachev aufgestellte Behauptung, Glasnost ganz „klar, nüchtern, ohne Panik“¹⁸⁹ lenken zu können, erscheint rückblickend umso naiver, wenn man zu dem Bild der offiziellen Debatten 1987/1988 das zum politischen Meinungspluralismus tendierende Samizdat der informellen Strukturen hinzuzieht, das sich wie ein Netz über die gesamte Union erstreckte. Bezeichnenderweise wiesen die populärsten unter den informellen Medien eine personelle Kontinuität zur Helsinki-Bewegung der 1970er Jahre auf und bauten auf den Erfahrungen bzw. Traditionen der Rechtsschutzbulletins auf, wie sie die MHG oder auch andere Helsinki-Gruppen früherer Jahre im Untergrund gedruckt und vervielfältigt hatten.

2.2 Die Herausbildung des „Zweiten Samizdat“ seit 1987 und der Verlust des Informationsmonopols durch die KPdSU

Als Geburtsstunde des „Zweiten Samizdat“ gilt inoffiziell der 1. August 1987, das Datum der Herausgabe der *Èkspress-Chronika* von Aleksandr Podrabinek.¹⁹⁰ Podrabinek, Begründer der „Arbeitskommission zur Untersuchung des Einsatzes der Psychiatrie für politische Zwecke“ (1977), die als Sektion der MHG arbeitete, und Autor der *Chronika tekuščich sobytij*¹⁹¹, war „wegen Verleumdung des Sowjetsystems“ 1978 zu fünf Jahren Verbannung nach Nordsibirien und zu dreieinhalb Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Er kam erst infolge Gorbachevs erster

¹⁸⁸ Diese wurde schließlich von Gorbachev am 8. 2. 1988 verkündet, sollte am 15. 5. 1988 beginnen und binnen eines Jahres abgeschlossen werden. AdG 1988: 31900A, 32211A / 1, 3. Zum Afghanistan-Krieg und den Hintergründen des „langen Abzugs“ sowjetischer Truppen siehe: Kalinovsky, Artemy M.: A Long Goodbye. The Soviet Withdrawal from Afghanistan, Cambridge/Massachusetts/London 2011.

¹⁸⁹ Gorbachev in der Politbürositzung vom 28. 9. 1987, vgl. V politburo, S. 230.

¹⁹⁰ Strukova, Aĭternativnaja, S. 23.

¹⁹¹ *Chronika tekuščich sobytij* war das erste Menschenrechtsbulletin in der Zeit zwischen 1968 und 1983 in der Sowjetunion.

Amnestie-Welle 1987 frei. Seine für die Dissidenten der früheren Jahre typisch unversöhnliche Haltung den Machtorganen gegenüber schien er zunächst gegen die Bereitschaft zum Dialog aufzugeben – er wandte sich am 20. Mai 1987 in einem offenen Brief an die Regierenden der UdSSR mit der Bitte, sein geplantes Bulletin mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren auf der Grundlage der individuellen privatwirtschaftlichen Tätigkeit (als ein Kooperativ) herausgeben zu dürfen. Eine solche unabhängige Zeitung würde die Informationslücken der offiziellen Presse füllen und zugleich ein Beweis für die Aufrichtigkeit von Gorbatschows Glasnost-Politik sein, so die Argumentation des Schreibens.¹⁹² Eine abschlägige Antwort des Moskauer Stadtkomitees, unterschrieben von dem späteren Bürgermeister von Moskau, Jurij Lužkov (1992–2010), wies auf die Unvereinbarkeit der Idee von Pressefreiheit auf der Basis der wirtschaftlichen Tätigkeit mit der marxistisch-leninistischen Philosophie und somit auf ihre Gegenwartsferne hin.¹⁹³

Einen ähnlichen Versuch, das geplante Informationsbulletin *Glasnost* zu legalisieren, wagte zur gleichen Zeit Sergej Grigor'janc – ebenso ein bekannter Menschenrechtsaktivist, der fast 9 Jahre in den Lagern verbracht hatte und ebenfalls mit der ersten Amnestierungswelle 1987 vorzeitig freigelassen worden war.¹⁹⁴ Zusammen mit anderen namhaften ehemaligen politischen Gefangenen¹⁹⁵ versicherte er in einer öffentlichen Erklärung den Willen zum konstruktiven Dialog mit dem Staat, dass sie „prinzipiell kein Samizdat herausgeben, sondern legal arbeiten“ wollen, und sogar bereit wären, die Zeitung *Glavlit*¹⁹⁶ vorzulegen.¹⁹⁷ Auch Grigor'janc argumentierte dabei mit der Glasnost-Politik und Perestroika, mit der Notwendigkeit, Garantien für die Unumkehrbarkeit dieser Prozesse zu schaffen, welche allein – so die Deklaration der *Glasnost* – in der Kraft der öffentlichen Meinung und bei dem Volk selbst liegen würden. Die unabhängige Presse könne außerdem, so Grigor'janc weiter, das Vertrauen des Westens der Sowjetunion gegenüber erhöhen und viel besser die Ernsthaftigkeit begonnener Demokratisierung beweisen, als es die vielen Erklärungen von Gorbatschow zu tun vermochten.¹⁹⁸ Die erste Nummer des Journals richtete Grigor'janc an Aleksandr Jakovlev, der damals zuständig für Propagandafragen und Kandidat für das Politbüro war.¹⁹⁹ Trotz der fehlenden Resonanz aus dem ZK der KPdSU wurde am 3. Juli 1987 auf

¹⁹² Brief, abgedruckt in RM vom 5. 6. 1987, S. 6.

¹⁹³ Interview mit Podrabinek; der Antworttext von Lužkov findet sich in *Glasnost*, Nr. 2–4, 1987, S. XIII.

¹⁹⁴ Vgl. RM vom 27. 2. 1987, S. 1.

¹⁹⁵ Es handelte sich dabei vor allem um Lev Timofeev, Iosif Begun, Larissa Bogoraz und Sergej Kovaljov, die zwar in die Planung des Journals involviert waren, jedoch nicht die Mitglieder der Redaktion darstellten, welche allein von Grigor'janc vertreten wurde. Sie waren jedoch Mitglieder des Presseklubs „Glasnost“.

¹⁹⁶ Hauptverwaltung der Angelegenheiten der Literatur und des Verlagswesens, die oberste Zensureinrichtung für Veröffentlichungen.

¹⁹⁷ RM vom 10. 7. 1987, S. 6.

¹⁹⁸ Ebd.; siehe auch Erklärung auf der Presse-Konferenz am 3. 7. 1987, in: RM vom 10. 7. 1987, S. 1, 6f.

¹⁹⁹ Text in RM vom 26. 6. 1987, S. 16.

der Pressekonferenz in der Wohnung von Grigor'janc die erste Ausgabe (60 S., 50 Exemplare) vorgestellt. Erst am 13. Juli legte man Grigor'janc in einem persönlichen Gespräch nahe, dass er keine offizielle Zulassung bekommen würde, da er die dafür benötigten Voraussetzungen einer offiziellen gesellschaftlichen Organisation nicht erfülle und zudem Papierknappheit im Land bestehe. Außerdem verwies man ihn auf die Möglichkeit, in der offiziellen Presse zu publizieren.²⁰⁰ Ein Verbot oder eine Drohung, wie es in den früheren Jahren Praxis war, wurde dagegen weder ihm noch Podrabinek gegenüber ausgesprochen.

Beide Informationsbulletins, *Ėkspress-Chronika* und *Glasnost'*, kamen wie geplant heraus und erlangten schnell einen hohen Bekanntheitsgrad in der Sowjetunion. Trotz Bemühungen von Grigor'janc, nicht als eine oppositionelle Zeitung wahrgenommen zu werden, wurde *Glasnost'* nicht nur vom Apparat, sondern auch in der Bevölkerung als solche und in der Samizdat-Szene sogar als eine „auf den westlichen Markt orientierte“ Konkurrenz²⁰¹ wahrgenommen, was ihre Popularität jedoch keineswegs schmälerte. Ihrer Radikalität trugen nicht nur die darin abgedruckten und noch als Tabu für die offizielle Presse geltenden Materialien, sondern auch die dahinterstehenden Autoren bei. Auf ihren Seiten publizierten so bekannte Bürgerrechtsaktivisten und Journalisten wie Asja Laščiver²⁰², Mal'va Landa²⁰³, Andrej Sacharov, Zviad Gamsachurdija²⁰⁴, Merab Kostava²⁰⁵, Parujr Ajrikjan²⁰⁶ oder Gleb Jakunin²⁰⁷. *Glasnost'* kam zunächst dreimal im Monat (später monatlich) heraus, erschien u. a. auf Englisch, Deutsch, Spanisch, Polnisch, Bulgarisch, Armenisch sowie als Beilage zur russischsprachigen Zeitung *Russkaja mysl'* (20 000 Exemplare) in Paris. Das Journal hatte unterschiedliche thematische Schwerpunkte zum Inhalt. Viel Platz räumte es den nationalen Problemen, vor allem in den kaukasischen Republiken, ein; es berichtete über laufende gesellschaftspolitische Ereignisse, diskutierte aktuelle tagespolitische Fragen und Gesetzesprojekte, publizierte Interviews, offene Briefe und Dokumente der informellen Gruppen.

²⁰⁰ *Vesti iz SSSR* 1987: 10-2; 13-3.

²⁰¹ Siehe das Streitgespräch zwischen den unabhängigen Redakteuren in: *Chronograf*, Nr. 1, 1988, S. 2f.

²⁰² Asja Laščiver war Journalistin, Mitglied der Friedensgruppe „Vertrauen“ und Mitbegründerin der Oppositionspartei „Demokratische Union“.

²⁰³ Mal'va Landa war Mitglied der MHG, Mitarbeiter der *Chronika tekuščich sobytij*, zweimal in Lagerhaft.

²⁰⁴ Zviad Gamsachurdija war Begründer der georgischen „Initiativgruppe für den Schutz der Menschenrechte“, Mitglied der georgischen Helsinki-Gruppe, georgischer Schriftsteller und später Präsident Georgiens (1991–1993).

²⁰⁵ Merab Kostava war ebenfalls ein bekannter georgischer Dissident, Anführer der georgischen Unabhängigkeitsbewegung, Mitbegründer der georgischen „Initiativgruppe für den Schutz der Menschenrechte“ sowie der georgischen Helsinki-Gruppe, Schriftsteller und Musiker.

²⁰⁶ Parujr Ajrikjan war Anführer der armenischen Unabhängigkeitsbewegung, ebenfalls ehemaliger politischer Gefangener und später Politiker.

²⁰⁷ Gleb Jakunin war Mitglied der MHG und Mitbegründer des „Christlichen Komitees zum Schutz der Rechte der Gläubigen“ (1976), Pfarrer der griechisch-katholischen Kirche, zweimal in Lagerhaft, später Deputierter des Obersten Sowjets Russlands (1990–1993).

War Sergej Grigor'janc auch nach der Ablehnung seiner Zeitung hoffnungsvoll auf Annäherung und Kooperation mit der Macht bedacht, so lehnte der Redakteur der *Ėkspress-Chronika*, Aleksandr Podrabinek, nun jeglichen Dialog mit dem Staat ab und nahm mit Skepsis alle politischen Verheißungen der Perestroika-Mannschaft an.²⁰⁸ Diese seine persönliche Einstellung prägte den radikalen Inhalt der Zeitung. Bis 1988 wurde das noch ein- oder zweiseitige Bulletin auf der Schreibmaschine geschrieben und mit einer Auflage von 100 bis 200 Exemplaren wöchentlich verbreitet. Ende 1989 handelte es sich schon um eine Zeitung von 10 000–20 000 Exemplaren, welche von der Redaktion in die 106 Städte der Sowjetunion versandt wurden.²⁰⁹ *Ėkspress-Chronika* publizierte hauptsächlich zur Rechtsschutzthematik und wies strukturelle und inhaltliche Ähnlichkeiten mit *Chronika tekuščich sobytij* auf. Als ihr ehemaliger Mitherausgeber knüpfte Podrabinek ganz bewusst an die Tradition dieses Menschenrechtsbulletins an. So war ein Teil seiner *Ėkspress-Chronika* den bedeutenden Ereignissen der vergangenen Woche gewidmet. Auf den restlichen Seiten, die in der Regel in verschiedene Rubriken („Neuigkeiten des Samizdat“, „Lage der politischen Gefangenen“, „Klubs und Vereinigungen“, „Briefe und Appelle“ usw.) eingeteilt waren, wurden Dokumentationen über die informelle Szene, die Menschenrechtsverletzungen sowie die Diskussionen zu den tagespolitischen Themen geführt.

Das Erscheinen beider hier dargestellter Medien im Sommer 1987 leitete die „Geburt“ des „Zweiten Samizdat“ ein, der 1988 ähnlich wie die informellen Gruppen rasant zu wachsen begann. Laut einer Untersuchung gab es Ende 1987 in der ganzen UdSSR rund 50 unabhängige und teils wöchentlich erscheinende Ausgaben, hauptsächlich handgeschriebene oder auf der Schreibmaschine erstellte Broschüren in einer Auflage von 30 bis zu 200 Exemplaren. Die meisten von ihnen wurden in Moskau und Leningrad verbreitet, in kleineren Auflagen auch in der Provinz. Ende 1988 zählte man 250, 1989 bereits über 600 unabhängige Samizdat-Periodika.²¹⁰ 1989 explodierten die unabhängigen Medien buchstäblich: Jeden Tag kamen neue Presseerzeugnisse, auch an der Peripherie der Union, hinzu, so dass zum Jahresende die Gesamtauflage der unabhängigen Medien auf 200 000 stieg.²¹¹ Mitte 1990 bezifferte der „Sammler“ der informellen Periodika Aleksandr Suetnov die monatliche Gesamtauflage des neuen Samizdat mit 700 000–800 000 Exemplaren, was umgerechnet rund 4 Mio. Leser bedeutete.²¹² Während der klassische Samizdat der früheren Jahre überwiegend Kopien der Werke von verbotenen Autoren (Nadežda und Osip Mandel'stam, Michail Bulgakov, Varlam Šalamov, George Orwell), Petitionen, offene Briefe, Schriften oder Dokumentationen aus dem Umkreis der Menschenrechtsgruppen darstellte und

²⁰⁸ Interview mit Podrabinek.

²⁰⁹ *Panorama*, Nr. 7, 1990; Suetnov, Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel', S. 51f.

²¹⁰ Suetnov, Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel', S. 20f.

²¹¹ Ebd.; Eine kurze Übersicht von Auflagen der einzelnen unabhängigen Ausgaben im September 1989, die in *Panorama*, Nr. 10, 1989, S. 4, zu finden ist, gibt eine ungefähre Vorstellung von den Ausmaßen des Phänomens und seinen geographischen Besonderheiten.

²¹² Suetnov, Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel', S. 236.

diese im Untergrund verteilt wurden, handelte es sich bei dem „Samizdat“ der Perestroika hauptsächlich um Zeitschriften und zeitungssähnliche, teilweise einseitige Bulletins unterschiedlichster thematischer und ideologischer Ausrichtung. Als Synonym wurden sie ebenfalls „alternative“, „informelle“, „unabhängige“, „neue“, „demokratische“, „zensurfreie“ oder „nichtsowjetische“ Presse genannt.²¹³ Nicht alle Medien waren aber neu und stellten eine bewusste Gegenöffentlichkeit dar. So waren die literarische Ausgabe *Časy* und die Zeitung der jungen Sozialisten *Levyj povorot* bereits im Samizdat der 1970er Jahre erschienen, ihre Herausgabe wurde in der Perestroika lediglich in kleineren Auflagen fortgesetzt.

Eine Klassifizierung der informellen Presseerzeugnisse ist analog zu den informellen Gruppen kaum möglich. Fast jede größere informelle Vereinigung verfügte über ein eigenes, wenn auch nur einseitiges Presseorgan. Allein die „Demokratische Union“ von Novodvorskaja hatte insgesamt über 30 verschiedene Ausgaben unionsweit. In der Vielfalt informeller Erzeugnisse ist von einer Pop-Zeitschrift bis hin zum Bulletin eines Komitees „Gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel“ alles zu finden.²¹⁴ In Moskau und in vielen Teilrepubliken der Union waren informelle Printausgaben in ukrainischer, lettischer, georgischer, jiddischer Sprache usw. zu bekommen. Hoch im Kurs standen ab der zweiten Hälfte des Jahres 1988 in ganz Russland die russischsprachigen Ausgaben der Baltischen Volksfronten *Atmoda* (der Lettischen Volksfront) und die *Atgimimas* bzw. *Vozroždenie* (der Litauischen Bewegung für Perestroika), welche mit Unterstützung ihrer Regierungen professionell hergestellt und in der ganzen Union erhältlich waren. Auch Vertreter einzelner Bevölkerungsgruppen hatten sich mit eigenen Druckerzeugnissen versehen. Dabei ließen sich Redakteure viel einfallen, um ihre Meinung an die Leser zu bringen. In der Stadt Gor’kij gab es zum Beispiel eine laufende Litfasssäule, die der darin steckende Redakteur durch die ganze Stadt schleppte. In Rovno (Ukraine) wurde eine Zeitung in Plakatform hergestellt und an die Holzzäune geklebt.²¹⁵

Generell entwickelte sich allerdings die informelle Presse in der Peripherie langsamer als in Moskau oder in Leningrad. Es ist bemerkenswert, dass die Mehrheit des gesamten „Zweiten Samizdat“ gesellschafts-politisch ausgerichtet war, einen Perestroika-freundlichen Kurs propagierte und trotz einer Fülle systemkritischer Materialien der offiziellen Politik grundsätzlich versöhnlich gegenüberstand.²¹⁶ Dessen ungeachtet stellte die informelle Presse analog zu den informellen Gruppen eine Herausforderung für die Partei dar – in erster Linie, weil sie durch ihre Existenz das staatliche Meinungsmonopol hinterfragte und nichtopportune Wahrheiten öffentlich machte. Zum Ende der Perestroika belief sich die Zahl von gesellschaftspolitischen Erzeugnissen allein unter den russisch-

²¹³ Ebd., S. 234; Strukova, *Al'ternativnaja*, S. 11.

²¹⁴ Die thematische Vielfalt der informellen Presse lässt sich aus folgenden Nachschlagewerken von Suetnov erschließen. Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'*, und Ders.: *Samizdat. (Vspomogatel'nye ukazateli)*. Bd. 2, Moskau 1992.

²¹⁵ MN vom 17. 9. 1989, S. 9.

²¹⁶ Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'*, S. 11 f.

sprachigen Medien bereits auf 987 Exemplare, damals 80% aller Ausgaben.²¹⁷ Viel problematischer für die KPdSU war aber die steigende Nachfrage der Bevölkerung nach liberaldemokratischen und jenen Publikationen, die man als „antikommunistisch“ bezeichnen konnte. Ungeachtet der im Vergleich zur offiziellen Presse hohen Preise (einige waren um das 10- bis 20-fache teurer²¹⁸) erfreuten sich manche von ihnen hoher Popularität und stellten eine echte Konkurrenz zur staatlichen Presse dar.

Wie sehr der Staat trotz Glasnost unter seinen Bürgern an Vertrauen und die offizielle Ideologie an „Bindungskraft“ verlor, zeigte nicht nur die Bereitschaft der Bevölkerung, die informellen Blätter für ein Vielfaches zu kaufen, sondern auch die Rangliste der gefragtsten Printmedien Ende 1989.²¹⁹ Auf den ersten 8 Plätzen dieser Liste rangierten Ausgaben, welche generell die westlich-liberalen Werte propagierten und die man mit dem Etikett „antikommunistisch“ versehen könnte. Es seien hier die fünf Beliebtesten genannt: Auf Platz 1 stand die bereits vorgestellte *Ėkspress-Chronika* mit einer Auflage von über 20 000 Exemplaren monatlich. Auf Platz 2 befand sich eine wöchentliche Zeitung der „Demokratischen Union“ mit einer Auflage von rund 10 000 Exemplaren. Das Informationsbulletin *Glasnost* rangierte auf Platz 3, gefolgt auf Platz 4 von *Referendum*, herausgegeben von Lev Timofeev unter Beteiligung der prominenten Bürgerrechtler Larisa Bogoraz und Sergej Kovalev. Bezeichnend ist, dass alle vier hier genannten Presseerzeugnisse von den ehemaligen politischen Gefangenen, zum Teil aus dem Umkreis der Helsinki-Bewegung herausgegeben wurden und sehr regierungskritische Materialien veröffentlichten. An der 5. Stelle stand ein unabhängiges Informationsblatt *Panorama* von Aleksandr Verchovskij, das keine bestimmte politische Position vertrat und unter Beteiligung des „Moskauer Büros für Informationsaustausch“ über das gesellschaftspolitische Leben der informellen Gruppen in der Sowjetunion informierte (1000–5000 Exemplare).²²⁰

Diese Rangliste ist zwar nur ein flüchtiger Blick auf die Lesepräferenzen eines Teils der politisierten Bevölkerung im Jahr 1989, doch spiegelt sie, in den größeren Rahmen eingeordnet, zugleich und sehr eindringlich den Vertrauensverlust

²¹⁷ Ebd., S. 235. Laut Strukova überstieg die Zahl gesellschaftspolitischer Erzeugnisse die Marke 1.000. Strukova, *Al'ternativnaja*, S. 30–32.

²¹⁸ Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 94.

²¹⁹ Folgende Angaben sind Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'*, S. 21, entnommen. Leider liegen keine Informationen über die Zahl der Befragten sowie den Ort der Umfrage vor. Der Popularitätsgrad der hierin angeführten Ausgaben lässt sich jedoch mit anderen schriftlichen sowie mündlichen Quellen bestätigen.

²²⁰ Auf den weiteren Plätzen folgten das Bulletin der Rechtsschutzgruppe „Menschliche Würde“ mit bis zu 1000 Exemplaren; die Zeitung der zwischenfraktionellen Vereinigung „Demokratischer Block“ der „Demokratischen Union“ (Platz 7); das *Press-Bjulleten'* der „Sibirischen Informationsagentur“ (Platz 8); die Zeitung der Moskauer Wählervereinigung *Chronika* (Platz 9) und die Zeitschrift *Obščina* des gleichnamigen historisch-politischen Klubs. Vgl. Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'*, S. 21; siehe auch: Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 50f., 94f.; Strukova, *Al'ternativnaja*, S. 23–60; Elgašin, K.B.: *Samizdat – tribuna glasnosti*, in: Suslova, *Obščestvennye*, S. 248–257; Redlich, *Svoimi silami*.



„Letzte Nachrichten“. „Lesehungrige“ Sowjetbürger vor dem Redaktionsgebäude der Zeitung *Moskovskie Novosti*.

(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

der Gesellschaft in den Staat und seine Medien bei einem gleichzeitig steigenden „Durst“ nach zensurfreier Information. Wie sehr der Partei ihr Meinungs- und Herrschaftsmonopol zu entgleiten drohte, illustrieren auch die vielfachen Ausgaben von *Argumenty i fakty*, *Ogonek*, *Moskovskie Novosti* und *Novyj mir* bei der gleichzeitig drastisch eingebrochenen Nachfrage nach konservativen Parteiorganen wie *Izvestija*, *Pravda*, *Sovetskaja Rossija* oder *Kommunist*²²¹ sowie die seit Ende 1989 teilweise zu beobachtende Tendenz einzelner staatlichen Medien, sich auf den Samizdat als Quelle zu beziehen und sogar aus ihm zu zitieren.²²² Nach Aussagen einzelner Beobachter war die Presseagentur *Novosti* bereits 1987 auf die Informationen der nichtstaatlichen Organe angewiesen und musste unweigerlich mit einigen von ihnen kooperieren.²²³

Den Verlust der Kontrolle über die Medien durch den Staat demonstrierte noch drastischer das alltägliche Bild an dem Zeitungsstand von *Moskovskie Novosti* auf dem Puškin-Platz in Moskau: Abgesehen von dieser progressiven Zeitung galt hier die hohe Aufmerksamkeit der Menschenmassen den ausgehängten Flugblättern und den aufgeklebten informellen Broschüren *Ėkspress-Chronika*,

²²¹ Die genauen Zahlenangaben siehe bei Roth, *Glasnost*, S. 115f.

²²² *Alternativnaja pečat': process i problemy*, in: *Paragraf*, Nr. 10, 1989, abgedruckt in *Atmoda* vom 14. 8. 1989.

²²³ Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Spravočnik, Bd. 1, Teil 1, S. 13.

Graždanskoe dostoinstvo (der „Bürgerlichen Würde“) und *Svobodnoe slovo* (der „Demokratischen Union“).²²⁴

Das Erfolgsrezept dieser unprofessionellen, unter einfachsten Bedingungen hergestellten und flugblattähnlichen Medien war ihr kompromissloser Informationsgehalt. Trotz sensationeller Beispiele von Glasnost in den staatlichen Medien, deren Berichterstattung stellenweise noch eklektisch blieb, nahm sich die zensurfreie Presse mit großem Elan der noch tabuisierten Bereiche an, füllte das noch bestehende Informationsvakuum aus und sensibilisierte so die Bevölkerung für Problembereiche und Ideen, die mit der offiziellen Ideologie nicht mehr kompatibel waren. Dazu gehörte auch der Ruf nach einer echten, in Gesetzesform gegessenen Meinungs- und Pressefreiheit, wie sie die KSZE-Schlussakte fixierte.

2.3 Der Samizdat als Musterbeispiel für die Meinungs- und Pressefreiheit

Die informelle Presse bot jene gesellschaftlichen Diskussionsforen, in denen die offiziell noch nicht angesprochenen Probleme und tabuisierten Themen offen erörtert werden konnten. Die Entmythisierung der sowjetischen Geschichte, die Problematisierung der sowjetischen Nationalitätenpolitik mit den aktuellen Reportagen über die einzelnen „Brandherde“ der Konflikte, die Kritik an der Partei und am KGB, die Berichte über die Umweltkatastrophen in der Sowjetunion, die Wiederentdeckung verfemter Autoren und die Forderungen nach der Implementierung der KSZE-Verpflichtungen erfolgten zeitversetzt – zunächst auf den Seiten der informellen Presse und erst dann in den progressiven offiziellen Blättern wie *Moskovskie Novosti*, *Argumenty i Fakty* oder *Ogonek*.²²⁵ Vor allem Ende 1987 und 1988 stellten die informellen Ausgaben für viele Sowjetbürger eine alternative Informationsquelle, mit einer „von Frömmelei, von innerer Fälschung befreiten“²²⁶ Sprache der unabhängigen Journalisten dar. Ein Blick auf die einzelnen Themenbereiche, die den unabhängigen Journalismus 1987/1988 bewegten, mag eine Vorstellung davon geben.

In der Mai-Ausgabe des Bulletins *Glasnost* von 1988, das sich mit dem Konflikt um Berg-Karabach [Nagornyj Karabach] befasste, hatte der unabhängige Journalist I. Vartanov Folgendes geschrieben:

„In dem Wunsch, die Wahrheit über die Ereignisse in Sumgait und Berg-Karabach zu erfahren, habe ich die sowjetische Presse für die Zeit zwischen dem 20. Februar und dem 5. März durchgesehen und, indem ich den Haufen nutzloser Makulatur zur Seite schob, habe ich selbstsicher den Titel meiner Rückschau abgeleitet: V E R H A F T E T E INFORMATION.“²²⁷

²²⁴ Ebd. In der Sowjetunion gehörten Stände, an denen man die frisch gedruckte Presse lesen konnte, zum üblichen Stadtbild.

²²⁵ Ein Artikel des unabhängigen Leningrader Journals *Merkurij* zählte in der UdSSR insgesamt 40 Themen, die in der offiziellen Presse unterbelichtet gewesen seien. Vgl. *Merkurij*, Nr. 16, 1988, S. 37–41.

²²⁶ So Zelinskaja auf dem zweiten Treffen der unabhängigen Redakteure im Mai 1988 über das „zweite Samizdat“, abgedruckt in: *Merkurij*, Nr. 16, 1988, S. 1 f.

²²⁷ *Glasnost*, Nr. 17, 1988, S. 34–36.

Seit Anfang des Jahres eskalierte die Auseinandersetzung zwischen Armeniern und Aserbaidzschanern um das zu über 70% von Armeniern bewohnte, jedoch seit den 1920er Jahren zur Nachbarrepublik Aserbaidzschan gehörende Gebiet Berg-Karabach. In der Zeit zwischen dem 20. Februar und dem 5. März 1988 trugen sich folgende Ereignisse zu: In der armenischen Hauptstadt Erevan hatte es Massendemonstrationen, in der Hauptstadt Berg-Karabachs, Stepanakert, Schulboykotts und Massenproteste gegeben, deren Teilnehmer die Geringschätzung der armenischen Kultur und die Diskriminierungen durch Aserbaidzschaner beklagten und den Anschluss des genannten Gebiets an Armenien forderten.²²⁸ Der darauf vom Sowjet des autonomen Gebiets an Moskau gestellte Antrag, die Ausgliederung Berg-Karabachs aus dem territorialen Bestand Aserbaidzschans zu vollziehen, wurde abgelehnt. Noch im Jahr zuvor hatten sich in Armenien die „Vereinigung nationaler Selbstbestimmung“ unter Parujr Ajrikjan und das „Komitees zum Schutz der Rechte der politischen Gefangenen Navasardjana Ašota und Aršakjana Azata“²²⁹ gebildet, welche den Anschluss Berg-Karabachs an Armenien forderten. Für die Lösung des Problems wurden in Armenien bereits seit 1986 Unterschriften gesammelt und es wurde eine Petition, die von der Hälfte der armenischen Einwohnerschaft des autonomen Gebiets (75 000) unterzeichnet worden war, an die sowjetische Regierung überreicht. Die Karabach-Delegationen mit der Bitte um den Anschluss Berg-Karabachs an Armenien wurden Ende 1987/Anfang 1988 im ZK der KPdSU empfangen. Eine „Karabach-Bewegung“ bildete sich heraus.

Von all dem berichtete die offizielle Presse jedoch nichts. Stattdessen reagierte sie auf alle Zwischenfälle mit nationalem Charakter überwiegend nach Vogel-Strauß-Manier: Sie malte weiterhin die Fiktion der sowjetischen Völkerharmonie und der Gerechtigkeit und kommentierte alle nationalen Spannungen notdürftig als „geplante Provokationen“ „antisowjetischer Migration“, von „Nationalisten“ und von „westlichen Sicherheitsdiensten“.²³⁰ Jene Sowjetbürger, die sich ausschließlich aus den staatlichen Quellen informierten, erfuhren so weder von den Auseinandersetzungen um den Berg-Karabach, noch über deren historische Hintergründe. Lediglich ein Aufruf von Gorbačev an die Völker Aserbaidzschans und Armeniens, vorgelesen von Vladimir Dolgich, dem Kandidaten für das Politbüro

²²⁸ Hierfür wie für das Folgende siehe: Altrichter, Russland, S. 73–76; Dalos, Gorbatschow, S. 160–166, sowie die Spezialausgabe von *Glasnost*, Nr. 17, 1988.

²²⁹ Navasardjan Ašot und Aršakjan Azat setzten sich bereits in den 1970er Jahren im Umkreis der Helsinki-Gruppen für die Lösung der armenischen Frage ein und wurden dafür zu 11 Jahren Verbannung verurteilt. Das „Komitee zum Schutz der Rechte der politischen Gefangenen Navasardjana Ašota und Aršakjana Azata“ wurde später in das „Komitee zum Schutz politischer Gefangener“ umbenannt.

²³⁰ Freilich wiesen auch die staatlichen Medien Differenzen in der Berichterstattung auf. So bemühten sich MN durchaus um eine Dokumentation der Sommer-Phase des Konflikts um Berg-Karabach, siehe z. B.: MN vom 26. 6., 17. 7., 24. 7. 1988. Jedoch handelte es sich hierbei um Ausnahmen und noch um sehr zurückhaltende und teilweise auch tendenziöse Meldungen, wie z. B. das am 21. 8. 1988 publizierte Interview mit dem Mitarbeiter des Außenministeriums P. Laptev, der darin die rechtlichen Grundlagen für die Ausbürgerung von P. Ajrikjan, dem Anführer der Karabach-Bewegung, ausführte, S. 4.

des ZK der KPdSU, wurde am 26. Februar 1988 im Fernsehen ausgestrahlt. Er appellierte an die verfeindeten Lager, an Armenier und Aserbaidzchaner, mit Besonnenheit bzw. im „Rahmen des demokratischen Prozesses und der Gesetzlichkeit“ nach Lösungen zu suchen, die der „Tradition der Freundschaft und der Brüderlichkeit sowjetischer Bevölkerung“, der „Leninistischen Nationalitätenpolitik“ und dem „Sozialistischen Internationalismus“ entsprechen würden. Das öffentliche Einräumen von Schwierigkeiten und Fehlern, das Versprechen von dringlichen Maßnahmen zur deren Beseitigung sowie zur Lösung wirtschaftlicher und anderer Probleme der Region bewirkten kurzfristig das Aussetzen der Kundgebungen, Streiks und Demonstrationen in Erevan. Die Gegenmaßnahmen der Aserbaidzchaner stoppten sie damit aber nicht: Am nächsten Tag, dem 28. Februar 1988, kam es zu den seither schwersten Ausschreitungen gegen die armenische Bevölkerung in der aserbaidzchanischen Stadt Sumgait, bei denen nach offiziellen Angaben 31 Menschen zu Tode kamen und 197 verletzt wurden. Das Lahmlegen der gesamten Infrastruktur und der Wirtschaft, Streiks und Fluchtbewegungen waren die unmittelbaren Folgen. Die darauf folgende tendenziöse Berichterstattung zentraler Medien goss noch mehr Öl ins Feuer und löste bald neue Proteste aus.

Erst am 21. März, fast einen Monat nach diesen dramatischen Ereignissen und unter dem Vorwand, man habe die Emotionen nicht noch mehr in die Höhe treiben wollen, meldete sich die Parteizeitung *Pravda* mit einem umfassenden Artikel zum Konflikt um Berg-Karabach.²³¹ Darin wurden die historischen Wurzeln des Konflikts u. a. in den Jahrhunderten vor der sowjetischen Nationalitätenpolitik sowie bei den lokalen Parteiorganisationen gesucht, welche es versäumt hätten, die Bevölkerung im „Geiste des sowjetischen Patriotismus und des sozialistischen Internationalismus“ zu erziehen und sich den Erfordernissen des laufenden Umgestaltungsprozesses im Land anzupassen. Zwar wurden Fehler und Diskriminierungen der armenischen Bevölkerung unter der aserbaidzchanischen Verwaltung eingeräumt, den Demonstrierenden warf *Pravda* dennoch „nationalen Egoismus“ vor, der die „Union der Bruderländer gefährde“. Darüber hinaus meinte der Artikel genau die Urheber des Konflikts zu kennen: Die überseeischen Sowjetologen und Mitglieder des Karabach-Komitees hätten demnach versucht, „künstlich die nationale Feindschaft zu entfachen.“ In einem Artikel vom 4. April präzisierte *Pravda* die Anstifter: Es handle sich nicht um einen Konflikt zwischen Armeniern und Aserbaidzchanern, wie es die „feindlichen Radiostimmen“ senden, war dort nachzulesen, sondern um die Versuche westlicher Sicherheitsorgane und einzelner Mitglieder der Karabach-Bewegung, namentlich des „Kriminellen“ Parujr Ajrikjan und des Herausgebers der informellen Zeitung *Glasnost*, Sergej Grigor'janc, sich zusammen mit den anderen „Nationalisten“ der „Vervollkommnung des Sozialismus, dem demokratischen Prozess ununterbrochener Entwicklung und Festigung des sowjetischen Patriotismus und Internationalismus“ in

²³¹ *Emocii i razum*, S. 3; zuvor waren lediglich einzelne kleine Meldungen zum Konflikt über „Hooligans“ und zu anderen „negativen Elementen“ zu finden. Siehe z. B. *Pravda* vom 5. 3. 1988, S. 2.

den Weg zu stellen. Die verbreiteten Gerüchte über die schweren Racheakte, die von Aserbaidzschanern an den Armeniern verübt wurden, seien übertrieben und hätten nichts mit Fakten zu tun; bei den einzelnen Festgenommenen und Demonstrationsteilnehmern handele es sich überwiegend um „Vorbestrafte“, „Alkoholiker“, „Drogenabhängige“, „Personen, die ein parasitäres Leben führen, und andere kriminelle Elemente“ – so war es der Zeitung zu entnehmen.²³² Realitätsfremd war auch die in den staatlichen Medien enthaltene Selbstbeschwörung, dass die vergangenen Ereignisse die Freundschaft zwischen den aserbaidzschanischen und armenischen Völkern keineswegs erschüttern würden, schließlich sei sie stärker und fester als jeder „nationale Egoismus.“ Ähnliches berichtete das abendliche Fernsehprogramm „Die Zeit“. Während an den Demonstrationen in Erevan über 500 000 Menschen teilnahmen und die Übergriffe auf Armenier immer zahlreicher wurden, sprach das sowjetische Fernsehen am 21./22. Februar von den „Ereignissen in Berg-Karabach“, ohne über Streiks und Demonstrationen zu berichten. Damit provozierte die offizielle Berichterstattung noch mehr Protestdemonstrationen gegen die genannten Zeitungsorgane und den Boykott aller staatlichen Medien durch die Armenier. Waren die Černobyl-Katastrophe und die El'cin-Affäre die ersten nicht bestandenen Prüfungen für Glasnost, so wurde der Konflikt um Berg-Karabach zu einer weiteren misslungenen Kraftprobe des Kremls, die das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Medien und in den Staat erschüttern musste.

Zahlreiche Erklärungen und Briefe, auch von Andrej Sacharov und der armenischen Dichterin Silva Kaputikjan, mit Appellen, den Wünschen der armenischen Bevölkerung nachzugeben und damit den Konflikt zu entschärfen, wurden an Gorbačëv, an die Intellektuellen des Landes und an die Journalisten gerichtet. Die Redakteure zentraler Presseorgane wurden von ihren Lesern aufgefordert, die Geschichte des Konflikts objektiv zu beleuchten und damit zu einer schnellen und gerechten Lösung beizutragen. Abgedruckt wurden sie jedoch nur im Samizdat, der zum ersten Mal die Rolle des vollwertigen und professionellen Journalismus übernahm und eine theoretische Polemik zur Lösung der nationalen Frage auslöste. Insbesondere die *Bulletins Glasnost*, *Ėkspress-Chronika*, das Leningrader Journal *Merkurij* und sogar das wenig politische Leningrader Bulletin des „Rates für Kulturökologie“, *Vestnik soveta po ėkologii kul'tury*, räumten dem Konflikt um Berg-Karabach viel Platz ein und stellten die bisherige Nationalitätenpolitik und die „Unerschütterlichkeit“ der UdSSR in Frage.²³³ So veröffentlichte die ausschließlich dem Konflikt gewidmete Mai-Ausgabe von 1988 von *Glasnost*²³⁴ auf 47 Seiten die historischen Hintergründe des Konflikts, die ausführliche Chronik

²³² *Pravda* vom 4. 4. 1988, S. 3; vgl. auch folgende Artikel in: AiF vom 12. 3. 1988, S. 5; vom 2. 4. 1988, S. 1.

²³³ Exemplarisch sei hier auf folgende Ausgaben verwiesen: *Glasnost*, Nr. 8, 1987; Nr. 17, 18, 1988; *Ėkspress-Chronika*, Nr. 9, 10, 12, 13, 1988; *Merkurij*, Nr. 11, 13, 14, 1988; *Referendum*, Nr. 6, 8, 1988; *Rossijskie Vedomosti*, Nr. 9, 1988; *Special'nyj vypusk „Vestnika“ Soveta po ėkologii kul'tury*, Oktober 1988.

²³⁴ *Glasnost*, Nr. 17, 1988.

der Ereignisse, die offenen Briefe und Erklärungen der Demonstrationsteilnehmer und der armenischen Öffentlichkeit in Moskau sowie des „Komitees für die Wiedervereinigung Berg-Karabachs mit der Armenischen SSR“, ergänzt mit dem Fotomaterial und analytischen Kommentaren. In das Kreuzfeuer der Kritik des unabhängigen Journalismus gerieten die bisherige Nationalitäten- und Minderheitenpolitik der UdSSR, die Reaktionen der Staatsorgane auf die vielerorts aufflammenden Konflikte und die Unionsverfassung von 1977, die keine Austrittsmöglichkeiten für die autonomen Gebiete aus der Union vorsah. Was die offizielle Presse nicht oder verzerrt veröffentlichte, machte die informelle publik: die Reportagen über die nationalen Brandherde, Interviews mit den Zeitzeugen und Historikern, analytische Materialien, Foto- und Schriftdokumente usw., was die Popularität mancher Ausgaben enorm steigerte.²³⁵ Aus den offiziellen Medien wagten es hingegen nur die Wenigsten, das verordnete Informationsvakuum zu füllen oder es gar zu kritisieren. Lediglich die Zeitung *Moskovskie Novosti* zog im April 1988 folgende sarkastische Bilanz der bisherigen Glasnost-Politik:

„Wenn man die abgehefteten Februar- und März-Zeitungen durchschaut, kann man den falschen Schluss ziehen, dass die letzten Februar-Tage eine ganz ruhige Periode waren. Die Zentralzeitungen, die Presse Armeniens und Aserbaidschans veröffentlichten Briefe über die Völkereundschaft, über die Leistungen von den Arbeitern und Kolchosbauern der beiden Republiken. Sie enthielten keine Mitteilungen über die Demonstrationen und Aufmärsche in Erevan, wo Hunderttausende auf die Straßen gingen. Mit keiner Zeile verrieten die Zeitungen von Sumgait etwas über die Pogrome und Ausschreitungen, die es in der Stadt gegeben habe.“²³⁶

Die krampfhaft öffentliche Behandlung der erneut entfachten Massendemonstrationen Hunderttausender Armenier Anfang Juli 1988, nachdem ihre Hoffnungen auf der XIX. Parteikonferenz enttäuscht wurden, setzte sich in den staatlichen Medien fort. Ähnlich wie im Februar/März wurden auch im Sommer die wahren Hintergründe des Konflikts verschwiegen und die verdrehten Tatsachen dargestellt. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen der Sicherheitskräfte mit den Demonstranten, welche Anfang Juli gegen die Verlegung von Truppen und Panzern ins Krisengebiet am Erevaner Flughafen protestierten, wurden in den zentralen Medien wiederholt als Taten armenischer „Hooligans“ und „Extremisten“ dargeboten,²³⁷ während die progressivsten der offiziellen Blätter die abwartende Haltung annahmen. Und so veröffentlichte erneut nicht etwa die *Ogonek* jene offenen Briefe, Zeugenberichte und Interviews, welche der als liberal bekannte Chefredakteur dieser Illustrierten, Vitalij Korotič, von seinen Lesern bekam, sondern die informelle Presse.²³⁸

²³⁵ So erreichte das Bulletin *Glasnost*, das generell sehr viel zu den nationalen Konflikten publizierte, im Jahr 1988 den Höhepunkt der Popularität. Strukova, *Alternativnaja*, S. 36.

²³⁶ MN vom 3. 4. 1988, S. 4; vgl. auch MN vom 27. 11. 1988, S. 15.

²³⁷ Vgl. etwa „Pravda o Zvartnoce“, in: SR vom 19. 7. 1988.

²³⁸ Federführend waren in dieser Phase erneut *Glasnost*, die in beinahe jeder Ausgabe das Thema behandelte, *Ėkspres-Chronika*, Nr. 23, 30, 42, 1988, und *Merkurij*, Nr. 14, 15, 1988. *Merkurij* veröffentlichte dann auch Materialien, die ursprünglich für die Illustrierte *Ogonjek* bestimmt, dort jedoch nie erschienen waren.

Der Konflikt um Berg-Karabach war freilich nicht das einzige Beispiel einer schlecht funktionierenden Glasnost. Was als unorganisierter spontaner Protest gegen das Kommando-administrative Zentrum in Alma-Ata im Dezember 1986 begann und zur Formierung einer kasachischen Nationalbewegung führte, bezeichnete *Literaturnaja Gazeta* mit dem eingelernten Vokabular als Randalie von „Hooligans“, „Alkoholikern“, „Drogenabhängigen“, „politisch ungebildeter Jugend“ und „anderen antigesellschaftlichen Elemente“.²³⁹ Auf die Demonstrationen von Krim-Tataren im Sommer 1988 auf dem Roten Platz reagierte die Presse mit der Behauptung, ein Teil der Krim-Tataren habe im Zweiten Weltkrieg mit dem Feind kollaboriert, und mit politischen Rehabilitierungen von 1967 seien die seitens des sowjetischen Staates begangenen Fehler bereits wiedergutmacht worden.²⁴⁰ Wenn überhaupt, so wurden die Kundgebungen der Balten am 23. August 1987 in Tallin, Riga und Vilnius zum Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes²⁴¹ und die politischen Entwicklungen im Baltikum im Jahr darauf negativ dargestellt.²⁴² Die Besprechung der Programmatik der baltischen Fronten, die Diskussionen um die Neubewertung der Geschichte baltischer sowie anderer Teilrepubliken und Völker in der Sowjetunion, das Insistieren der Balten, die Echtheit der Dokumente des Hitler-Stalin-Paktes zu überprüfen und die Zusatzprotokolle zu veröffentlichen, fanden in der informellen Presse statt. Wie bereits erwähnt, waren in Russland die wöchentlichen russischsprachigen Zeitungen der baltischen Volksfronten besonders populär. Sie wurden mit der Rückendeckung der lokalen Parteiorgane in hohen Auflagen professionell hergestellt und leiteten auf ihren Seiten in einer kompromisslosen Schärfe von der Ungültigkeit der Zusatzprotokolle *ex tunc* die Nichtigkeit der Inkorporation baltischer Republiken in die Union ab.²⁴³ Die russischsprachige Zeitung *Al'manach* der Litauischen Volksfront veröffentlichte zum ersten Mal den Text der geheimen Zusatzprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes, ehe das Nachdrucken des Dokuments in dem offiziellen Wochenblatt *Argumenty i Fakty* erfolgte, das in einer Auflage von über 20 Millionen am 12. August 1989 erschien.²⁴⁴ Es ist bemerkenswert, dass gerade diese Nummer des ansonsten in der UdSSR wenig gelesenen *Al'manach* weit verbreitet war.²⁴⁵

²³⁹ LG vom 1. 1. 1987, S. 10.

²⁴⁰ Engert/Gartenschläger, Der Aufbruch, S. 69; *Vesti iz SSSR* 1987: 14-4.

²⁴¹ In den geheimen Zusatzprotokollen des Hitler-Stalin-Paktes, dessen Existenz der sowjetische Staat jedoch leugnete, war die Besetzung der Baltischen Staaten sowie ostpolnischer Gebiete und Bessarabiens vereinbart worden. Mehr zum Hitler-Stalin-Pakt siehe: Osteuropa, Nr. 7-8, 2009.

²⁴² Vgl. z. B. *Pravda* vom 1. 9. 1987, S. 3, 6. In allen drei Republiken entstanden seit dem Frühling 1988 Volksfrontbewegungen, die ihre Forderungen nach nationaler Souveränität und nach Sezession aus der Union verstärkten. Hierzu siehe Kapitel 4 in diesem Teil III der vorliegenden Studie.

²⁴³ Als Beispiele seien folgende Veröffentlichungen genannt: *Atmoda*, Nr. 29, 1989, S. 4; Nr. 30, 1989, S. 1.

²⁴⁴ Strukova, *Al'ternativnaja*, S. 39, 88; *AiF* vom 12. 8. 1989, S. 5.

²⁴⁵ Strukova, *Al'ternativnaja*, S. 39.

Die nationale Frage war jedoch nicht das Einzige, was die Journalisten der informellen Presse und die Leser bewegte. Zu einem breit diskutierten Thema gehörte die Umwelt-Problematik. Es entstanden sogar selbstständige „grüne“ Journale wie das erwähnte Leningrader Bulletin des „Rates für Kulturökologie“, *Vestnik soveta po ekologii kul'tury*, das seit Juni 1987 monatlich erschien. Noch bevor sowjetische Umweltprobleme zum festen Bestandteil zentraler Medien im Jahr 1989 geworden waren,²⁴⁶ berichteten Bürgerinitiativen und unabhängige Journalisten von den kleinen „Černobyls“ in ihren Regionen, von den informellen ökologischen Initiativen und von den Auseinandersetzungen mit der lokalen Bürokratie.²⁴⁷ So publizierte *Glasnost'* bereits im Jahr 1987 Protestbriefe und Berichte über Massenkundgebungen gegen die im Gebiet um Erevan konzentrierte chemische Industrie, insbesondere gegen den Betrieb „Nairit“. Dieser produzierte jährlich 4852 Tonnen industrielle Abfälle, schied davon allein 3339 Tonnen toxischer Stoffe teilweise unfiltriert in die Luft und die Flüsse aus und war laut einem Bericht des Gesundheitsministeriums, den die Zeitung ebenfalls abdruckte, eine Ursache dafür, dass die Hälfte der Bewohner des Ararat-Tals, einschließlich Erevans, an diversen schweren Erkrankungen litt, dass sich die Zahl der geistig kranken Kinder in den letzten 15 Jahren verfünffachte und dass die Zahl von an Leukämie Erkrankten um das Vierfache gestiegen ist, dass die Frühgeburten sich versiebenfacht haben und drei von 10 Kindern entweder tot oder behindert, mit schweren Missbildungen und Krankheiten auf die Welt kamen.²⁴⁸ Die Enthüllungen solcher, auf dem Bürokratismus der Behörden bzw. des Systems gewachsenen Missstände begannen „von unten“, ehe sie 1989 auch von der offiziellen Presse aufgegriffen wurden.

Nur zögerlich näherten sich die staatlichen Medien den religiösen Angelegenheiten, während bereits 1987 religiöse Bulletins informeller Gruppen in den Großstädten erhältlich waren, etwa *Vybor* von Viktor Aksjučic und Gleb Aniščenko und das *Bjulleten' christianskoj obščestvennosti* von Aleksandr Ogorodnikov, auf deren Grundlage sich später die „Russische christlich-demokratische Partei“ formierte.²⁴⁹ Religiöse Themen waren aber auch in vielen anderen unabhängigen Medien präsent, so auf den Seiten von *Glasnost'*, wo der Begründer des „Christlichen Komitees zum Schutz der Gläubigen in der UdSSR“ (1976), Gleb Jakunin, regelmäßig publizierte.

Der Samizdat hatte auch bei den Veröffentlichungen zu Kultur und Literatur der staatlichen Presse eine deutliche Pilotfunktion. So brachten die Journale

²⁴⁶ So Altrichter, Russland, S. 218ff. Im Jahr 1988 traten jedoch auch bei diesem Thema die Zeitung *Moskovskie Novosti* und die Illustrierte *Ogonjek* hervor, vgl. z. B. MN vom 14. 8. 1988; O sud'be Arala, in: *Ogonjek* Nr. 1, 1988.

²⁴⁷ Als Organ einer ökologischen Bewegung führte z. B. der Leningrader *Merkurij* seit 1987 eine aussagekräftige Rubrik „Gesundheit der Stadt – in die Hände seiner Bürger“; eng verknüpft mit der Umwelt-Thematik war die Problematisierung der gefährdeten Kulturdenkmäler im „Zweiten Samizdat“.

²⁴⁸ *Glasnost'*, Nr. 10, 1987.

²⁴⁹ Roth, *Glasnost*, S. 125; MN vom 17. 9. 1989, S. 8f.

Merkurij und *Mitin Žurnal* 1987/1988 Materialien von und über Iosif Brodskij²⁵⁰ heraus; *Merkurij* druckte das Stenogramm der Gerichtsverhandlungen aus dem Jahr 1964 ab, deren Teil fast ein Jahr später auch *Ogonek* publizierte.²⁵¹ In der unabhängigen Presse wurden erstmals Stimmen laut, Aleksandr Solženicyn die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen und seine Werke zu publizieren, noch bevor sie auch in der offiziellen Zeitung *Knížnoe obozrenie* im Sommer 1988 erschienen.²⁵² Im Leningrader literarischen *Mitin Žurnal* waren zum ersten Mal Übersetzungen von Hermann Hesse, Franz Kafka, Vladimir Nabokov oder auch die Archivmaterialien des legendären Vertreters der russischen Avantgarde und des Dadaismus, des russischen Schriftstellers Daniel Charms (1905–1942) zu lesen, dessen Werke in der UdSSR immer noch verboten waren.²⁵³

Viele informelle Medien führten ausführlich Chronik über das gesellschaftspolitische Leben in der Sowjetunion, über die neuen Klubs und Initiativen, und publizierten zum Teil ihre Programme und Dokumente. Aus *Merkurij* und aus *Žurnal žurnalov* konnte man bereits 1987 über die Initiativegruppe „Memorial“ erfahren, während die staatlichen Blätter erst ein Jahr später über sie zu berichten begannen.²⁵⁴ Der „Zweite Samizdat“, auf dessen Seiten man über die nächste geplante Demonstration oder über die Konferenz der informellen Gruppen erfuhr, diente zweifellos als Bindeglied in der informellen Szene. Als Informationsblatt des gesellschaftspolitischen Lebens hatte sich insbesondere die unabhängige Zeitung *Chronograf* hervorgetan, die seit April 1988 zwei- bis dreimal monatlich erschien und Dokumente, Petitionen, Reportagen sowie Stenogramme der Treffen der informellen Klubs abdruckte, aber auch über die Entwicklungen in der offiziellen Jugendorganisation Komsomol informierte.²⁵⁵

Ein Tabu für die offiziellen Medien blieb lange das Thema der politischen Gefangenen in der Sowjetunion, der politisch motivierte Missbrauch der Psychiatrie und die Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte sowohl in der Gegenwart als auch in der Vergangenheit. Die informelle Presse erhob diese Problematik hingegen zum festen Bestandteil der öffentlichen Diskussion. Dabei wurde mit der

²⁵⁰ Brodskij war Lyriker, Essayist und erhielt 1987 den Nobelpreis. 1963 war er verhaftet und 1964 wegen „Parasitentums“ – so bezeichnete die offizielle Hetze seine lyrische Tätigkeit – zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Nach 18 Monaten, die er in der Gegend von Archangelsk verbringen musste, wurde er auf Grund zahlreicher Proteste entlassen und 1972 aus der Sowjetunion ausgebürgert. Seine Werke gehörten somit zu den veremten und waren nur im Sam- und im Tamizdat erhältlich. Als Tamizdat wurden Werke bezeichnet, welche in der UdSSR verboten waren und deshalb im Ausland veröffentlicht und illegal in die UdSSR mitgebracht und dort verbreitet wurden.

²⁵¹ *Merkurij*, Nr. 8, 1987; Nr. 12, 13, 1988; *Mitin žurnal*, Nr. 17, 18, 1987; siehe auch *Glasnost*, Nr. 10, 1987, S. XIV; *Ogonjek*, Nr. 49, 1988, S. 26–31.

²⁵² Von Anfang an setzte sich dafür Aleksandr Podrabinek sehr stark ein, der sich mit diesem Anliegen in einem persönlichen Brief an Gorbačev 1987 wandte. RM vom 10. 4. 1987, S. 5; *Ėkspres-Chronika*, Nr. 7, 1988, S. 10.

²⁵³ Elgašin, Samizdat, S. 253f.

²⁵⁴ So auch die Illustrierte *Ogonjek*, Nr. 29, S. 31; 32, S. 7; 37, S. 29, 1988, vgl. Elgašin, Samizdat, S. 252.

²⁵⁵ Siehe: <http://www.panorama.ru/gazeta/chronogr/>.

sowjetischen Ideologie und Lenin genauso schonungslos umgegangen wie mit der Person Michail Gorbachev und dessen Reformmaßnahmen, die von manchen sarkastischen Journalisten aufs Korn genommen wurden.²⁵⁶ In Medien wie *Glasnost*, *Èkspress-Chronika*, *Referendum*, *Informacionnyj bjulleten* der „Informationsagentur der Freien Interprofessionellen Vereinigung von Werktätigen“ (L. Volochonskij) und *Graždanskoe dostoinstvo* der Gruppe „Bürgerliche Würde“ fand eine rege Diskussion über die Lage der Menschenrechte in der Sowjetunion statt.²⁵⁷ Diese beinhaltete nicht nur die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, sie machte auch die schleppende Kodifizierung der elementaren Freiheiten in der UdSSR und die diesbezügliche Polemik öffentlich.²⁵⁸ In *Glasnost* und in *Èkspress-Chronika* fand die oben skizzierte gruppenübergreifende Polemik über den Zweck der sowjetischen Menschenrechtsoffensive auf dem KSZE-Treffen in Wien und darüber statt, wie die informelle Szene und die westliche Öffentlichkeit darauf zu reagieren hätten. Das Eintreten für die Implementierung von KSZE-Vereinbarungen und für die Befolgung der eigenen Gesetze war zentral in den Medien wie *Golos*, *Žernova*, *Stranižka uznika*, *Prava*, *Prava čeloveka* und in den Bulletins der Helsinki-Gruppen, wie sie in den einzelnen Republiken erschienen. Sie sammelten Informationen über Menschenrechtsverstöße und machten diese sowie die Anliegen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen publik.²⁵⁹

Die vielen hier erwähnten Presseorgane propagierten nicht nur die westlich-liberalen Werte, sondern sprachen sich regelmäßig für Meinungspluralismus und Pressefreiheit aus, indem sie über das Schicksal der politischen Gefangenen unabhängig von deren politischen Überzeugungen, über die Lage der Gläubigen unabhängig von der Glaubensrichtung berichteten und das Wort diversen Autoren

²⁵⁶ Hier taten sich insbesondere die Partei DU mit den vielen Presseausgaben, die Gruppe „Gemeinde“ mit dem gleichnamigen Blatt *Obščina*, die *Antisovetskaja pravda* der „Republikanischen Partei“ (ab 1989), *Sovetskaja moral'ka*, aber auch *Glasnost* und *Èkspress-Chronika* hervor. Zu dem laufenden Reformprozess nahm jedoch fast jedes andere politische Medium Stellung.

²⁵⁷ Vor allem *Glasnost* widmete einige ihrer Ausgaben einzelnen bürgerlichen Freiheiten. So betraf die Nr. 13 1988 die Problematik der Religionsfreiheit und die Nr. 17 des gleichen Jahres war dem Missbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion gewidmet. Menschen- und Bürgerrechte standen von Anfang an im Mittelpunkt des Journals.

²⁵⁸ *Glasnost* veröffentlichte z. B. im November 1987 einen kommentierten Entwurf des Gesetzes über die Presse (offizielle Bezeichnung: das Gesetz über Presse und Information), das von einer Arbeitsgruppe des Obersten Sowjets unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgearbeitet wurde. Dass dieser Entwurf zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung mittlerweile als verworfen galt, störte die Herausgeber der Zeitschrift kaum. Denn der erste Schritt zur Verwirklichung von Informationsfreiheit habe nach dem Kommentar von Sergej Grigor'janc eine offene Besprechung der laufenden Gesetzesentwürfe zu sein, was in der Sowjetunion noch nicht der Fall war. *Glasnost*, Nr. 12, 1987, S. 14–17. Im Übrigen erfolgte die Ausarbeitung auch anderer Gesetze und Verordnungen, welche die elementaren Menschen- und Bürgerrechte kodifizieren sollten (etwa das Jugendgesetz, das Gesetz über selbsttätige gesellschaftliche Vereinigungen oder die Verordnung vom 28.7.1988 über „das Verfahren der Organisation und Durchführung von Versammlungen, Kundgebungen, Straßenumzügen und Demonstrationen in der UdSSR“), noch bis Ende 1991 hinter den Kulissen.

²⁵⁹ Vgl. Suetnov, Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel', S. 13, 69, 112f., 137.

unterschiedlichster politischer Überzeugungen erteilt.²⁶⁰ Der „Zweite Samizdat“ stellte jedoch trotz einer weiteren Verbreitung der radikal-demokratischen Blätter keinen monolithischen Block dar, sondern vielmehr eine „schwer zu überschaubare Vielfalt“,²⁶¹ in welcher das ultrafaschistische Gedankengut neben der pornografischen Belletristik und den Anekdotensammlungen zu finden war.

2.4 Irritation als Reaktion: staatliche Umgangsformen mit dem Phänomen der informellen Presse

Dass die Partei über den Pluralismus unabhängiger Presse nur wenig erfreut war, ist naheliegend. Allerdings bereiteten den konservativen Staatsvertretern nicht der wenig professionelle Samizdat, sondern die progressiven staatlichen Medien die größte Sorge. Auf der XIX. Parteikonferenz, die im Sommer 1988 eine Glasnost-Resolution annahm, in der sie die Ausweitung von Glasnost „als eine der wichtigsten politischen Aufgaben bezeichnete“ und deren juristische Fixierung einforderte, wurde zugleich zum ersten Mal offen die „Sittenlosigkeit“ der Presse beklagt, wobei die Illustrierte *Ogonek* und ihr Chefredakteur, Vitalij Korotič, ein Hauptangriffsziel der Kritiker darstellte.²⁶² Die Existenz der informellen Presse wurde auf der höheren Parteiebene hingegen analog zu den informellen Gruppen zunächst weitgehend übersehen.

In den heute zugänglichen offiziellen Schriftstücken ist der Umgang mit unabhängigen Presseerzeugnissen nur spärlich dokumentiert. Während etwa spezielle Abteilungen auf der Ebene des Stadtparteikomitees ab 1988 akribisch Materialien über die informellen Gruppen sammelten und die unterschiedlichsten Strategien der Einflussnahme entwickelten, finden sich in den heute zugänglichen Dokumenten nur sehr wenige vergleichbare Bemühungen im Hinblick auf die informelle Presse.²⁶³ Selbst die jährlichen Berichte des KGB an die Parteiführung, die einen ausführlichen quantitativen Überblick über die „antisowjetischen“ Aktivitäten und Materialien sowie über die Methoden und „Erfolge“ ihrer „Bekämpfung“ geben, enthalten keine Informationen über den Samizdat, referieren aber über die wachsende Zahl von Briefen und Flugblättern „anonymen“, „antisowjetischen“ Inhalts im Jahr 1986 (insgesamt 11 480 Exemplare und 1237 identifizierte Autoren).²⁶⁴ Diesen Berichten ist jedoch der Trend von der zurückgehenden Pra-

²⁶⁰ Der radikalste Vertreter war auch in diesem Fall Grigor'janc mit *Glasnost*, der z. B. in einer Februar-Nummer 15 (1988, S. 2–22) eine Bühne für das Gedankengut der nationalpatriotischen Bewegung „Gedenken“ bot und damit die Kritik vieler seiner Kollegen auf sich zog. Siehe z. B. *Chronograf*, Nr. 1, 1988.

²⁶¹ Roth, *Glasnost*, S. 124.

²⁶² Vgl. Meissner, Boris: Gorbatschow am „Rubikon“. II. Verlauf, Ergebnisse und Folgen der Allunionistischen Parteikonferenz der KPdSU, in: Osteuropa 1988, S. 1059–1090.

²⁶³ Dieses Bild geht aus den Beständen des Moskauer Stadtparteikomitees im CAOPIM (f. 4, f. 8723) hervor. Viele Archivmaterialien konnten aus diesem Fond jedoch aufgrund der nach wie vor bestehenden Geheimhaltung nicht eingesehen werden.

²⁶⁴ Vgl. Ob itogach raboty organov KGB po rozysku avtorov antisovetskich anonimnych materialov v 1986 godu, in: RGANI, f. 89, op. 51, d. 12; O rezul'tatach raboty po preduprezhdeniju

xis anonymen Meinungsäußerungen zu entnehmen – vermutlich durch die wachsenden Möglichkeiten, die eigene Meinung offen und in der Regel weitgehend straffrei in den neuen alternativen Medien zu äußern.

Die Umgangsformen des Parteistaates mit dieser Herausforderung lassen sich dennoch aus den zensurfreien Presseerzeugnissen und aus den umfangreichen Aussagen der Staatsvertreter erschließen. Aus diesen geht hervor, dass die Obrigkeit erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 das Phänomen des wiederbelebten Samizdat ernst nahm. Der Erste Sekretär der KP Aserbaidschans, Abdul-Rachman Vesirov, musste gar auf dem April-Plenum des ZK der KPdSU 1989 mit Entsetzen feststellen, dass die Sowjetunion damit bereits „infiziert“ sei: „Im Lande ist jetzt ein Netz von unabhängigen Publikationen entstanden, deren Grundprinzip darin besteht, keine Materialien sowjetischen Inhalts zu veröffentlichen. [...] Man will das Immunsystem des Volkes [...] schwächen, das Volk mit ideologischem Aids infizieren.“²⁶⁵ Vadim Medvedev, Politbüromitglied des ZK der KPdSU, nannte das Phänomen während der Diskussionen über das neue Mediengesetz im Obersten Sowjet im November 1989 einen „Missbrauch von Glasnost“ für „persönliche Ambitionen“.²⁶⁶ Ähnlich urteilte die Zeitung *Pravda*, als sie die Periodika des Samizdat in einem Artikel in die „nützlichen“ einerseits und die „parteifeindlichen“, nationalistischen“, „monarchistischen“, „Lenin und Gorbatschow beleidigenden“ andererseits aufteilte.²⁶⁷

Somit waren die staatlichen Reaktionen auf den „Zweiten Samizdat“ den informellen Gruppen generell vergleichbar: Es überwogen die Irritation und die Ablehnung, während direkte Verbote nie ausgesprochen wurden, wofür als Paradebeispiele die geschilderte, weitgehend ungehinderte Herausbildung von *Glasnost* und *Ėkspress-Chronika* stehen. Dabei hingen die Reaktionen nicht selten von den politischen Einstellungen der Parteifunktionäre in den jeweiligen Gebieten ab. So wurde der Samizdat vielerorts einfach ignoriert, toleriert oder durch Bereitstellung von Druck- und Kopiergeräten sogar gefördert²⁶⁸ (vor allem im Baltikum). Die Berichte aus der informellen Szene lassen jedoch den Schluss zu, dass die meisten Partei- und Komsomolorgane auch nach geeigneten Mitteln suchten, mit deren Hilfe der Einfluss der informellen Presse auf die Bevölkerung neutralisiert oder unter die Kontrolle einer offiziellen Organisation gestellt werden könnte. Die unklare Rechtslage und die materiellen Schwierigkeiten des „Zweiten Samizdat“, der in der Regel mit einfachsten Mitteln auf der heimischen Schreibmaschine erstellt wurde und in den Zeiten der wirtschaftlichen Not über keine Vervielfachung

terrorističeskich pojavlenij na territorii SSSR, 11. 1. 1988, in: Ebd.; Otčet o rabote Komiteta gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR za 1988 god, in: Ebd., d. 15; Doklad KGB SSSR ob itogach operativno-služebnoj dejatel'nosti v 1989 godu, in: Ebd., d. 16.

²⁶⁵ *Pravda* vom 27. 4. 1989, S. 6.

²⁶⁶ *Izvestija* vom 25. 11. 1989, S. 1f.

²⁶⁷ Vgl. *Pravda* vom 10. 8. 1989, S. 1; vom 26. 8. 1989, S. 2.

²⁶⁸ So Galina Vochmenceva (heute Michaleva) über die Verhältnisse in Sverdlovsk auf der vom DHI-Moskau veranstalteten internationalen Konferenz „Die sowjetische Öffentlichkeit zur Zeit der Perestroika“ (13.–15. November 2008). Vgl. auch Kozodoj, Dviženie; Ders.: Stanovlenie.

fältigungstechnik verfügte, waren seine „Achillesfersen“, die die staatlichen Organe für sich zu nutzen versuchten. So appellierte ein Vertreter des Leningrader Komsomol auf einem Treffen der unabhängigen Samizdat-Redakteure in Lenin-grad an die Redakteure, mit den staatlichen Organisationen zu kooperieren. Kopiergeräte, hohe Auflagen und Pressefreiheit waren dabei die typischen Versprechungen, mit denen man die informelle Presse unter die „Fittiche“ staatlicher Organisationen lockte.²⁶⁹

Die Behörden bedienten sich zugleich einer großen Bandbreite von kriminellen Methoden, um die informellen Kommunikationsräume wenigstens einzudämmen. Dazu gehörten die „prophylaktischen“ Maßnahmen (Vorwarnungen, Drohungen, Kündigungen der Redakteure von den regulären Arbeitsplätzen), die Verunglimpfungen in der Presse und gelegentliche Gewaltanwendungen. Es kam vor, dass die unabhängigen Bibliotheken von den Staatsorganen zerschlagen, die Telefonleitungen bei Redakteuren und Herausgebern gekappt und sie selbst bedroht, ihre Wohnungen angezündet, mit Waffen beschossen und ausgeraubt wurden, die Samizdat-Verkäufer, die einzelnen Journalisten oder Personen, die mehrere Ausgaben des Samizdat mit sich führten, festgenommen und die Materialien konfisziert wurden.²⁷⁰ So entwendeten die Sicherheitsorgane am 1. Oktober 1987 die ersten Ausgaben des Journals *Glasnost*²⁷¹ und nahmen zwei Mitarbeiter vorübergehend in Haft.²⁷² Es folgten Verunglimpfungen des Mediums und seines Herausgebers in der offiziellen Presse²⁷² sowie die Kündigung des Arbeitsvertrages der Zeitschrift *Novyj mir* mit Grigor'janc – Methoden, die an das repressive Vorgehen des Staates gegen die Andersdenkenden aus der Zeit vor 1985 erinnerten. Sie erfolgten aber – und das ist der wesentliche Unterschied zu früher – öffentlich, spontan und mit „reduzierter Härte“.²⁷³ Zu einer weit verbreiteten Maßnahme, der sich der Parteistaat bediente und die zugleich seine beschränkten Handlungsmöglichkeiten illustrierte, gehörten die gelegentlichen Übergriffe auf die unabhängigen Redakteure und auf die Vertreiber der informellen Presse. Nach Berich-

²⁶⁹ RM vom 13. 11. 1987, S. 4; Trubicyn, V: Oficial'naja pečat' o neformalach i nezavisimoj presse, in: *Vestnik kluba nezavisimoj pečati*, Nr. 1, 1988 (RFE/RL Materialy Samizdata 1988, Nr. 45, AC 6286).

²⁷⁰ Die Beispiele sind zahlreich. Stellvertretend sei hier auf folgende Angaben verwiesen: *Vesti iz SSSR* 1988: 7/8-16, 7/8-20, 7/8-22, 22-10; 1989: 17/18-11; 19/20-12. Eine Aufzählung an Umgangsformen enthält die Resolution der unabhängigen Gewerkschaft der Journalisten, in: Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Bd. 4, S. 99. Besonders hart betroffen wurden die Redaktionen von *Ėkspress-Chronika* und *Glasnost*; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 55.

²⁷¹ Hierfür wie für das Folgende siehe: RM vom 9. 10. 1987, S. 7.

²⁷² Die Zeitung *Večernjaja Moskva* veröffentlichte bereits am 8. 8. 1987 einen Artikel, in dem Grigor'janc seine „verbrecherische Vergangenheit“ vorgeworfen und eine „zweite“ *Glasnost* als überflüssig bezeichnet wurde. Siehe die Antwort von Grigor'janc auf diesen Artikel in: *Glasnost*, Nr. 5, 6; Ausschnitte in RM vom 25. 9. 1987, S. 6f. Auch andere informelle Medien wurden in der offiziellen Presse verunglimpfend als „feindlich“ und als „verlängerter Arm“ des westlichen Auslands dargestellt, so *Pravda* vom 26. 8. 1989, S. 2.

²⁷³ Vgl. Eichwede, Bürgerrechtsbewegung, S. 23; hierzu auch Interview von Grigor'janc, in: RM vom 9. 10. 1987, S. 7.

ten der *Ėkspress-Chronika* kam es z. B. zwischen Juni und August 1989 in Moskau zu 10 Festnahmen mit Konfiskationen des Samizdat, zwischen September und November zu 14. Dabei wurden die Verkäufer mit den Geldstrafen „wegen Handels an einem dafür nicht vorgesehenen Ort“ belegt.²⁷⁴ In seltenen Fällen wurde jedoch mit Gewalt vorgegangen. Dabei handelte es sich bei den gemeldeten körperlichen Verletzungen und Übergriffen um jene Redakteure und Zeitungen, die nur wenig für die offizielle Ideologie übrig hatten. So wurde physische Gewalt gegen Podrabinek, Grigor'janc, Novodvorskaja, aber auch gegen die einzelnen unbekannten Aktivisten und Verteiler des Samizdat angewandt.²⁷⁵ Ein Journalist, Sergej Kuznecov, der regelmäßig Informationen an die Zeitschriften *Glasnost'* und *Ėkspress-Chronika* weitergab, wurde im Dezember 1988 wegen der Teilnahme an einer nicht genehmigten Kundgebung und des Vorlesens der UN-Menschenrechtsdeklaration verhaftet und musste ein Jahr Untersuchungshaft, psychiatrische Expertisen und Gerichtsverhandlungen über sich ergehen lassen. Nach den zahlreichen Protesten des Westens und im Inland sowie nach der Verkündung eines neuen Urteils auf der Gebietsebene wurde er im Januar 1990 dann doch aus der Haft entlassen.²⁷⁶ Nach Artikel 70 wurde der Prozess gegen die Redakteure des Journals *Demokratičeskaja opozicija* eröffnet. Wegen der „Beleidigung des Präsidenten“ wurden zahlreiche andere Redakteure strafrechtlich verurteilt; sie blieben jedoch auf freiem Fuß. Von den Fällen des Totschlags der Journalisten wurde ebenfalls berichtet.²⁷⁷

Im Jahr 1989 ging jedoch der Druck des Machtapparates auf die zensurfreie Presse temporär zurück, obgleich es immer wieder zu einzelnen Fällen der Gewaltanwendung kam.²⁷⁸ Die Aufnahme der Arbeit an einem Mediengesetz, dessen Ausarbeitung in Übereinstimmung mit den KSZE-Verpflichtungen der Sowjetunion von den unabhängigen Journalisten, aber auch von den Staatsvertretern und der liberalen Presse immer mehr eingefordert wurde,²⁷⁹ durch den 1989 neu gewählten Obersten Sowjet war sicher ein wichtiger Grund hierfür.²⁸⁰ Die Unter-

²⁷⁴ Zahlen nach Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 94f.; die *Ėkspress-Chronika* führte in ihren Ausgaben sogar eine ausführliche Chronik über Festnahmen der Samizdatverkäufer.

²⁷⁵ So Podrabinek im Interview; Novodvorskaja, *Po tu storonu*.

²⁷⁶ Eine große Sammlung von Protestschreiben aus dem Westen enthält der Fond 10031 (Burlackij) im GARF, op. 1, d. 13–15. Zu Kuznecov siehe kurz: Vochmenceva, *Die Neuformierung* (II), S. 10f.

²⁷⁷ Der Vierte Kongress der unabhängigen Journalisten 1990 bezeichnete das Verhältnis der Staatsmacht ihnen gegenüber als „politischen Terror“ und führte in seiner Resolution Beispiele der angewandten „Terrorakte“ gegen seine Kollegen auf. Vgl. Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Bd. 4, S. 99; vgl. auch *Panorama*, Nr. 9, 1989, S. 3; Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'*, S. 234ff.; *Express-Chronik*, Nr. 48, 1988, S. 11.

²⁷⁸ Ende 1990 verhärtete sich jedoch das Vorgehen des Parteiapparates gegen die Samizdat-Vertreiber und die unabhängigen Redakteure. Dazu und zu den Hintergründen siehe Teil IV, Kapitel 2.3 der vorliegenden Studie.

²⁷⁹ Vgl. z. B. das Interview mit Ėduard Ševardnadze in MN vom 5. 11. 1989, S. 11. Mehr zur Argumentation der Staatsvertreter mit den KSZE-Verpflichtungen siehe im Teil IV, Kapitel 2 der vorliegenden Studie.

²⁸⁰ Vgl. Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 95.

zeichnung des Abschließenden Dokuments auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien durch die Sowjetunion (Januar 1989), welches sie u. a. verpflichtete, „Einzelpersonen, Institutionen und Organisationen unter Wahrung der Rechte auf geistiges Eigentum, einschließlich des Urheberrechts, [zu] gestatten, alle Arten von Informationsmaterial zu erwerben, zu besitzen, zu reproduzieren und weiterzugeben“,²⁸¹ hat den Ruf innerhalb der UdSSR, einer begrenzten Glasnost endlich die grundrechtliche Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit folgen zu lassen, noch verschärft.²⁸² Die Unterdrückung journalistischer Tätigkeiten von Einzelpersonen oder Gruppen war für einen Staat, der den Demokratisierungsprozess intensiviert und sowohl ökonomisch als auch politisch in eine immer größere Abhängigkeit vom Westen geriet, nicht mehr tragbar.

Ein anderer, unmittelbar mit dem ersten korrelierender Faktor war die offensichtliche Kontraproduktivität der Unterdrückung, die nur noch mehr nationale und internationale Proteste hervorrief.²⁸³ Dabei schien die sowjetische Bevölkerung ihre Ehrfurcht vor der Obrigkeit komplett verloren zu haben. Immer mehr Menschen versammelten sich ab dem Frühjahr 1988 in der Öffentlichkeit, verteilten und tauschten die informellen Erzeugnisse und lasen an den bekannten Tauschpunkten aus ihnen laut vor. Einzelne Plätze wurden so zu Treffpunkten und, mit der Kommerzialisierung ab 1988, zu Verkaufsstellen der informellen Erzeugnisse. Der Samizdat entwickelte sich sogar zu einem besonders rentablen Geschäft in der Sowjetunion.²⁸⁴ Einzelne Ausgaben wurden unkontrolliert vervielfältigt, um ein Vielfaches teurer als empfohlene „Spendensummen“²⁸⁵ und sogar um das 10- bis 20-fache teurer²⁸⁶ als die staatlichen Zeitungen verkauft. In Moskau waren es der Puškin-Platz und der Gogol-Boulevard, wo man sich zum Erwerb informeller Erzeugnisse traf. Neben dem wachsenden Vertriebsnetz der Presse kam es 1988 auch zur Herausbildung von Informations- und Forschungszentren, wie das bereits erwähnte „Moskauer Büro für Informationsaustausch“.

²⁸¹ Siehe im Dokument: Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen, Menschliche Kontakte, aus dem Punkt 34 der Information.

²⁸² Erst am 1. 8. 1990 wurde jedoch das Gesetz „über die Presse und die Masseninformativmittel“ verabschiedet, das die Arbeit informeller Journalisten und ihre Presse legalisierte. VVS SSSR 90, Nr. 26, Art. 492.

²⁸³ Die betroffenen Journalisten berichteten ausführlich über das Vorgehen des Staates gegen sie, was bei den Lesern das Gefühl von ungerechter Behandlung wecken und das Protestpotenzial sowie die Politisierung noch mehr steigern musste. Ein aufschlussreiches Beispiel liefert der erwähnte Arrest des Journalisten Sergej Kuznecov, der eine große Protestwelle im In- und Ausland hervorrief und schließlich rückgängig gemacht werden musste. Die Dokumentation der Proteste findet sich in: GARF, f. 10031, op. 1, d. 13–15.

²⁸⁴ Hierfür wie für das Folgende vgl. *Panorama*, Nr. 9, 1989, S. 3; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 94f.

²⁸⁵ Mit der wachsenden Nachfrage nach den einzelnen Presseorganen erschien ungefähr ab 1989 auf den Seiten informeller Medien die Meldung, dass ihre Verbreitung gegen freiwillige Spenden erfolge, deren Summe dann auch konkret angegeben wurde. In der Regel war der Samizdat jedoch für einen deutlich höheren Preis zu bekommen, insbesondere wenn es sich um Medien aus den anderen Städten bzw. Republiken handelte. Vgl. Strukova, *Alternativen*, S. 24.

²⁸⁶ Die Angaben nach Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 94f.

Manchmal waren sie selbst Herausgeber von unabhängigen Publikationen. So gab das „Moskauer Büro für Informationsaustausch“ die Zeitung *Panorama* heraus. Es entstanden unabhängige Bibliotheken mit Lesesaal wie die „Moskauer Bibliothek unabhängiger Presse“ sowie Zusammenschlüsse diverser Journalisten und Redaktionen zu den unabhängigen Klubs bzw. Gewerkschaften. Im Mai 1988 wurde zum Beispiel der „Klub unabhängiger Presse“ in Leningrad gegründet.²⁸⁷ Aus dem inoffiziellen Menschenrechtsseminar, welches der Presseklub „Glasnost“ gemeinsam mit den anderen informellen Vereinigungen im Dezember 1987 als Reaktion auf die Initiative des Kremls, die KSZE-Menschenrechtskonferenz nach Moskau zu holen, veranstaltete, ist 1988 die „Gewerkschaft unabhängiger Journalisten“ unter Leitung von Sergej Grigor’janc hervorgegangen.²⁸⁸

Eine andere Erklärung für den Wandel der staatlichen Reaktionen auf die informellen Medien war die Tatsache, dass eine uneingeschränkte Glasnost mittlerweile auch in die offiziellen Kommunikationsräume Einzug hielt und die im Samizdat produzierten Wissensgehalte an Sensationscharakter und Radikalität verloren. Es schien der historische Moment vom Ende des Samizdat gekommen zu sein. Doch handelte es sich dabei nicht um eine „verlorene Schlacht“ des unabhängigen Journalismus. Denn sein primäres Ziel, die Etablierung einer zensurfreien Meinungsäußerung in der Sowjetunion, wurde mit dem Pluralismus informeller Medien, mit dem Hineintragen abweichender Denkformen in die offiziell-öffentliche Sphäre und mit dem Einfließen der neuen Freiheiten in eine Gesetzesform beinahe erreicht. „Der König ist gestorben, es lebe der König!“²⁸⁹ war das Motto unabhängiger Journalisten, die ihre Tätigkeit 1989/1990 entweder beendeten oder, nach der Unterzeichnung des Mediengesetzes am 12. Mai 1990 durch Gorbachev, zu legalisieren bzw. zu kommerzialisieren begannen. Die Herausgabe der Journale *Glasnost*, *Merkurij*, *Vestnik Soveta po ekologii kul’tury*, *Bjulleten’ christianskoj obščestvennosti* wurde 1989/1990 ganz eingestellt. Andere wiederum setzten ihre Arbeit, ohne sich zu registrieren, einfach fort. Zwischen August und Dezember 1990 wurden allein auf der Unionsebene bereits 800 neue Medien registriert, davon aber nur 30 aus dem „Zweiten Samizdat“.²⁹⁰ Ein beträchtlich größerer Teil erwarb den Status einer juristischen Person auf der republikanischen, autonomen Stadt- oder Gebietsebene. Unmittelbar im Zusammenhang mit den ersten halbfreien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989 entstanden zahlreiche neue unabhängige Medien, die Zeitungen der Wählerklubs und der Wahlbündnisse (*Golos izbiratelja*, *Chronika*, *Pozicija*, *Doverie*, *Politika*, *Demokratičeskaja Rossija*), die es zum Teil zu einer großen Popularität und politi-

²⁸⁷ Erklärung und Satzung der Gruppe siehe in: *Ėkspress-Chronika*, Nr. 20, 1988, S. 4–6.

²⁸⁸ Diese Organisation veranstaltete bis 1991 fünf große Konferenzen, an denen bis zu 300 unabhängige Journalisten aus der ganzen Union teilgenommen hatten. Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Bd. 4, S. 97–99.

²⁸⁹ So lautete die Überschrift eines Essays des Journalisten M. Talalaj, in *Merkurij*, Nr. 16, 1988.

²⁹⁰ Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel’*, S. 243.

schen Einflussnahme (so *Politika* und *Demokratičeskaja Rossija*) in der Endphase der UdSSR brachten.²⁹¹

Zusammenfassend sind an dieser Stelle zwei für die zentrale Fragestellung der Studie bedeutende Zwischenbefunde festzuhalten. Zum einen fällt die offenbar vom KSZE-Prozess autarke Herausbildung des Samizdat auf. Die informellen Medien stellten vielmehr eine Folge der oben beschriebenen Glasnost-Politik von Gorbachev und der vielerorts entstehenden informellen Gruppen als der multilateralen Diplomatie dar. Frappant wenig scheinen die außenpolitischen Themen die unabhängigen Redakteure interessiert zu haben. Doch wenn man das oben beschriebene Phänomen in einem größeren Rahmen betrachtet, wird man auch hier die Helsinki-Effekte verorten können. Denn erstens erfolgten die ersten Liberalisierungen im Informationsbereich auch unter dem Einfluss der KSZE, während Gorbachev selbst die KSZE-Schlussakte argumentativ in diesen Prozess einbezog. Zweitens profitierte das Phänomen der zensurfreien Presse genauso wie das der informellen Vereinigungen von dem KSZE-Prozess. Die Vielzahl der Redakteure, und zwar nicht nur in Moskau, „rekrutierte sich“ aus dem Umfeld der Helsinki-Gruppen, baute auf die Erfahrungen der Helsinki-Bewegung und ihrer Samizdat-Tätigkeit auf²⁹² und beanspruchte die Geltung der Helsinki-Prinzipien für sich – insbesondere, wenn es um die Forderungen nach einer gesetzlichen Verankerung der Presse- und Meinungsfreiheit ging.²⁹³ Die argumentative Hinzuziehung der KSZE-Vereinbarungen wurde nach der Verabschiedung eines neuen Dokuments infolge der KSZE-Konferenz in Wien 1989/1990 intensiviert, was die Verabschiedung des neuen Gesetzes über die Presse und die Massenmedien bedeutend voranbrachte.²⁹⁴ Ein anderer positiver Effekt bestand darin, dass der KSZE-Faktor auch in diesem Fall die Formen des Umgangs der Partei mit den Teilnehmern der informellen Kommunikationsstrukturen beträchtlich einschränkte und jede repressive Handlung potenziell eine Reaktion aus dem westlichen Ausland bzw. die Kritik der KSZE-Signatarstaaten provozierte, was der Fall von Sergej Kuznecov ja zeigte.

Der weitere Befund dieses Kapitels ist die Erweiterung des staatlichen Konzepts der Glasnost-Politik um zuvor vom Parteistaat nicht vorgesehene Dimensionen und Diskursstränge durch die zensurfreie Presse und die Auflösung des Informationsmonopols der KPdSU. Obgleich die Rolle informeller Kommunikationsstrukturen im Prozess des Verfalls der staatlichen Autorität, womit die Partei ja

²⁹¹ Strukova, *Alternativnaja*, S. 45–75.

²⁹² Die ersten und die radikalsten informellen Gruppen sowie informellen Erzeugnisse entstanden nicht nur, wie gezeigt, in Moskau unter Einfluss der ehemaligen Dissidenten. Der Historiker Kozodoj beobachtete das gleiche Phänomen in Sibirien, wo in der Zeit zwischen 1988 und 1989 praktisch in allen großen Städten eine Struktur informeller Gruppen entstand, die sich ursprünglich um den Kreis der ehemaligen politischen Gefangenen formierte und die Menschenrechts- bzw. Bürgerrechtinformationen vervielfältigte. Kozodoj, *Dviženie*, S. 30.

²⁹³ So von den Initiatoren der Menschenrechtskonferenz in Moskau in ihren Appellen, vgl. *Glasnost*, Nr. 5, 1987, S. II, Nr. 13, 1987, S. 15.

²⁹⁴ Dazu siehe Teil IV, Kapitel 2.1 und 2.2 der vorliegenden Studie.

bereits Anfang 1989 konfrontiert war,²⁹⁵ methodisch schwer zu bemessen ist, ist es wenig strittig, dass die alternativen Printmedien durch die Veröffentlichung von regimekritischen Materialien zumindest den bereits anderenorts ausgelösten Verlust des Legitimationsglaubens an den sozialistischen Staat potenziert und zugleich das politische Rechtsbewusstsein geschärft haben müssen. Ein Beleg dafür ist die Tatsache, dass dort, wo der Samizdat am dichtesten vorzufinden und am professionellsten war – im Baltikum, in den Ballungszentren Moskau und Leningrad oder in Sibirien – der höchste Politisierungsgrad der Bevölkerung zu beobachten und die Staatsmacht mit dem größten zivilen Ungehorsam konfrontiert war.²⁹⁶ In dem Prozess des „Strukturwandels“²⁹⁷ sowjetischer Politik war insofern die informelle Öffentlichkeit und im Einzelnen die informelle Presse nicht weniger wichtig als die offizielle Glasnost. Die Letztgenannte übernahm schrittweise die Diskurse und das Prinzip einer zensurfreien Aufklärung des „Zweiten Samizdat“ und entzog sich allmählich auch der Parteikontrolle. Für die Verabschiedung eines neuen liberalen Mediengesetzes, das die Meinungs- und Pressefreiheit garantierte, für die postsowjetische Medienlandschaft, deren einzelne Presseerzeugnisse und Verlagshäuser aus dem „Zweiten Samizdat“ hervorgingen (so das Verlagshaus *Kommersant* mit der gleichnamigen Zeitung), und für die Entstehung des politischen Pluralismus der 1990er Jahre war das geschilderte Phänomen der zensurfreien Presse und damit auch der KSZE-Prozess höchst wichtig.

3. Reisefreiheit – Ausreisebewegungen und die Entkriminalisierung der Emigration

Anders als die bisher dargestellten innersowjetischen Entwicklungen waren die Veränderungen in der offiziellen Emigrationspolitik unmittelbare und in Zahlen fassbare Folgen des KSZE-Prozesses. Mit Perestroika wurde der Wunsch nach Emigration entkriminalisiert und die Reisefreiheit als unveräußerliches Menschenrecht gesetzlich und in Übereinstimmung mit den KSZE-Normen garantiert. Die Entwicklung dieses Rechts zur Norm, einhergehend mit der Frage nach der Relevanz der KSZE bei diesem Prozess, ist Gegenstand dieses Kapitels.

3.1 Die Liberalisierung der sowjetischen Ausreisepolitik unter Einfluss der multilateralen Diplomatie

Die Emigration aus der UdSSR war kein Phänomen der Perestroika. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten Millionen Sowjetbürger der Sowjetunion den Rü-

²⁹⁵ Altrichter, Russland.

²⁹⁶ Zur Radikalisierung der Bevölkerung siehe folgende Kapitel der Arbeit.

²⁹⁷ Altrichter, Russland.